Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition: Leipzig, Zeitzer Straße 32, IV., Volkshaus. Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einsendung des Betrages aufgenommen. „Der Steinarbeiter" ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 7. Sonnabend, den 17. Februar 1912. 16. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Fünfter Verbandstag 1912. — Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Die Organisation als Förderin von Wissen und Bildung. — Günstige Geschäftslage in der Steinindustrie. — Verlust eines Auges und Unfallrente. — Der fleißige Königbauer. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Aenderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Natürliche und unnatürliche Arbeiterfeinde nach den Reichstagswahlen. — Bedeutung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung für die arbeitende Bevölkerung. — Korrespondenzen. — Literarisches. — Feuilleton: Was alles aus Steinkohle gemacht wird.

Fünfter Verbandstag 1912.

Der Verbandsvorstand mit dem Verbandsausschuß hat am 28. Januar 1912 in gemeinschaftlicher Sitzung beschlossen, den fünften Verbandstag am **12. Mai und folgende Tage** in **München** stattfinden zu lassen.

Die provisorische Tagesordnung lautet:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten.
2. Bericht des Vorstandes.
   a) Geschäftsbericht (Berichterstatter: Starke).
   b) Kassenbericht (Berichterstatter: Geist).
   c) Presse (Berichterstatter: Staudinger).
   d) Bericht des Zentralausschusses (Berichterstatter: Kampfrad).
   e) Bericht des Verbandsausschusses (Berichterstatter: Elsner).
3. Unser Tariswesen (Berichterstatter: Staudinger).
4. Organisation.
   a) Anträge zum Statut (Berichterstatter: Walther).
   b) Statistik (Berichterstatter: Siebold).
5. Bericht vom Internationalen Kongreß (Berichterstatter: Siebold).
6. Bericht vom Gewerkschaftskongreß (Berichterstatter wird noch bestimmt).
7. Allgemeine Wahlen.
8. Anträge, die durch obige Tagesordnung nicht erledigt werden.

Lokal der Tagung sowie Termin zur Einsendung von Anträgen wird später bekannt gemacht.

Der Zentralvorstand. J. A.: Paul Starke.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperrt sind: Kappelrodeck: Grabsteingeschäft R. Eid. — Landsberg a. W.: Bahndamm-Neubau. — Detzeln (Baden): Firma Minner. — Lichtenberg bei Berlin: Mühlsteinfabrik Goltdammer. — Witten a. d. Ruhr: Firma Lüneburger & Franzen.

Hauzenberg (Niederbayern). Bei der Firma Schuller sind sämtliche Kollegen wegen Kündigung des Tarifes ausgesperrt worden.

Gera. Die Kollegen bei Korb & Töpelmann stehen noch im Streik. Die Firma sucht in vielen Blättern Steinmetzen und Schleifer, welche dem Zentralverband deutscher Steinarbeiter nicht angehören. Die Firma unterhält auch noch einen Sandsteinbetrieb, welcher ebenfalls gesperrt ist.

Bautzen. Die Granitwerke, welche bisher das Werkzeug stellten, wollen beim Tarifabschluß Prozente bezahlen. Unter der Führung der Firma Kunath sollen nun diese Prozente erst am Jahresschluß ausgezahlt werden. Wer innerhalb des Jahres die Arbeitsstelle wechselt, soll diesen Teilbetrag des verdienten Lohnes nicht erhalten. Die Kollegen danken für eine solche Sozialpolitik.

Wiesbaden. Die Lohnbewegung der Marmorarbeiter ist mit Erfolg beendet. Die Stundenlöhne werden in drei Staffeln bei den Steinmetzen insgesamt um 7 Pfg. erhöht, die der Schleifer und Poliseure um 9 Pfg.

Zell-Reinersreuth. Mit dem Granitwerk Dr. Erwin Goller konnte soeben ein umfangreicher Tarif zum Abschluß gebracht werden. Der Abschluß, welcher für 70 Kollegen Gültigkeit hat, hatte sich verzögert, weil anscheinend die Firma die Unterschrift nicht geben wollte.

Kirchberg. Im Granitwerk Paul Wolf wurden Lohnkürzungen vorgenommen. Die Beschäftigten verließen den Betrieb, sie fanden aber anderweitig Arbeit. Das Wolffsche Werk ist gesperrt.

Wellerode. Die Firma Sieke sperrte zirka 90 Steinarbeiter aus. Zuzug nach Wattenbach und Wellerode bei Kassel ist streng fernzuhalten. Ein Teil der Kollegen ist anderweitig untergebracht.

Dresden-Pirna. Die Schiedsgerichtsordnung zur Schlichtung von Tarifdifferenzen in der sächsischen Sandsteinindustrie ist in einer gemeinschaftlichen Sitzung mit den Unternehmern in den letzten Tagen perfekt geworden. Der Normaltarif tritt am 1. März in Kraft.

Demitz-Thumitz. Die Unternehmer haben die Beschickung einer Konferenz, um über die schwebenden Spellerdifferenzen zu verhandeln, abgelehnt. — Dieses Verhalten wurde arbeiterseits scharf verurteilt.

Heidingsfeld. Die Kirchheimer Muschelkalksteinwerke, Heidingsfeld, Kirchheim, Rottenbauer; sind wegen Maßregelung gesperrt.

Schweiz. Nach St. Margrethen ist Zuzug streng fernzuhalten. Die aus der Rheinpfalz zugezogenen Streikbrecher üben ihr schändliches Gewerbe immer noch aus.

In **Oesterreich-Ungarn** sind gesperrt: Reichenberg, Lemberg (Firma Krolik), Wien (Kunststeinwerk Asra), Oplotnitz (Granitwerk Ceslak), Budapest (Melocco, Walla), Temesvar (Georg Kupfer), Essegg (Firma Hendrich).

Sofia. Das große Grabsteingeschäft von Bozludscha ist wegen Lohndifferenzen gesperrt. Die Firma will in Deutschland (!) Arbeitswillige anwerben.

Die Organisation als Förderin von Wissen und Bildung.

Auf die Notwendigkeit, den Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsorganisationen ist schon oftmals hingewiesen worden. Jeder organisierte Arbeiter weiß, daß die Gewerkschaftsorganisation in erster Linie die Aufgabe hat, ihm bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen. Er weiß, daß dieses Ziel nur durch eine straffe und die Macht eines einheitlichen Gesamtwillens repräsentierende Organisation erreichbar ist. Er hat ferner begriffen, daß die Arbeiterorganisation eine dringende Notwendigkeit ist, denn nur sie ist in der Lage, den Angriffen der Unternehmerorganisation, deren sehnlichstes Ziel es ist, die Arbeiterorganisation zu vernichten und die Arbeiter selbst zu Heloten und willenlosen Arbeitssklaven herabzuwürdigen, in erfolgreicher Weise zu begegnen. Viele Arbeiter werden aber noch nicht darüber nachgedacht haben, daß die Arbeiterorganisation auch insofern ein gar nicht hoch genug einzuschätzender Kulturfaktor ist, als sie vor allem auch das Wissens- und Bildungsniveau des Arbeiters in wohltuender Weise beeinflußt und hebt, ihm ein lebhaftes Interesse an wirtschaftlichen, politischen, wissenschaftlichen und schöngeistigen Fragen einflößt und damit einer immer höheren Kulturstufe zuführt. Das sollen die nachfolgenden Ausführungen beweisen.

Wie sah es noch vor drei bis vier Jahrzehnten unter der Arbeiterschaft aus? Ein kleines Häuflein kämpfte und strebte nach Höherem, und die übergroße Volksmasse war von dem großen idealen Zuge nach freiheitlicher Entwicklung und dem Gedanken der Organisation noch völlig unberührt. Der Unternehmer war der unumschränkte Gebieter „seiner" Arbeiter, und diese ließen sich jeden Druck auf die Löhne, jede Verschlechterung ihres Arbeitsverhältnisses willenlos aufzwingen. Wohl räsonierte man bei solchen Anlässen oft weidlich über die schlechten Zeiten, aber der Schlüssel fehlte, um die Pforten einer besseren Zeit zu öffnen. Und die erneute Verschlechterung des Arbeitsverhältnisses war bald vergessen. Manche Arbeiter suchten in der Galvanisierung des aussterbenden Zunftrummels mit seiner lächerlichen Geheimniskrämerei einen mageren und täuschenden Ersatz, und viele suchten sich über ihre schlechte Lage hinwegzutäuschen, indem sie dem Alkohol kräftig zusprachen. Mancher trank sich dann dabei einen Mordsrausch an und schwur dann schließlich auch in seinem Alkoholdusel, seinem Unternehmer alle Knochen im Leibe zerbrechen zu wollen, um dann am andern Tage wieder demütig das alte Arbeitsjoch auf sich zu nehmen. . . .

Ueberhaupt spielte in der damaligen Zeit der Alkoholgenuß bei der Arbeiterschaft eine geradezu unheimliche Rolle. Nach Arbeitsschluß standen die Arbeiter zusammengepfercht in den Schnapsbuden und gossen das geist- und körperzerstörende Gift durch den Hals und dann wurde von allem möglichen schwadroniert. Von Würfelbuden, von den letzten Preisringkämpfen, vom Zirkus, vom Kegelschieben und Sängerkränzchen. Kein höherer Zug nach edlerer Unterhaltung. Und wer recht viel Alkohol zu konsumieren verstand, ohne eine große Betrunkenheit davonzutragen, der wurde als Held bestaunt. „Der kann etwas vertragen!" So hieß es bewundernd und viele versuchten es ihm nachzutun und wälzten sich schließlich in der Gosse. . . .

Auch der Starke fand Bewunderung. Da ergötzte man sich stundenlang mit Kraftproduktionen und Ringkämpfen. Und oft wurde aus dem Spiel bitterer Ernst, und die Arbeiter schlugen sich einander die Köpfe blutig. Auf den Tanzsälen ging es zumeist ohne eine solenne Schlägerei nicht ab und der war der rechte Kerl, der dann richtig „aufzuräumen" verstand. Er war der Held des Tages und alle brachten dem Schläger den Tribut ihrer Huldigung dar . . . .

Man erzählte auch oft und viel von der Arbeit. Was der geleistet hatte und jener, und was der eine schon in einem Tage geschafft hatte und der andre in einigen Stunden. Und bewundernd wurden die Köpfe geschüttelt ob solcher großen Leistungsfähigkeit, und mancher versuchte es nachzutun, um den gleichen „Ruhm" einzuernten. Den Vorteil hatte der schmunzelnde Unternehmer . . . . .

Was in vorstehenden Zeilen geschrieben, mag vor allem unsrer jüngeren Generation übertrieben erscheinen. Es ist aber nichtsdestoweniger die Wahrheit. So sah es tatsächlich noch vor mehreren Jahrzehnten fast durchgängig unter der Arbeiterschaft aus. Wer tüchtig zu trinken und seine Mitmenschen zu verprügeln verstand, und wer in der Arbeit ein rücksichtsloser Draufgänger war, der war der Held und das Ideal. Ein Seitenstück finden diese damals fast allgemeinen, bedauerlichen Zustände ja heute noch in jenen zurückgebliebenen Gegenden, wo die Klerisei oder die Junkerknute herrscht und Aufklärung und Bildung mit allen Mitteln von der Arbeiterschaft fernzuhalten gesucht wird.

Wie aber sieht es heute im allgemeinen aus? Die vereinzelten Arbeiteragitatoren hatten damals einen schweren Stand. Ihnen fiel die Aufgabe zu, eine große Kluft von Unwissenheit und Stupidität zu überwinden. Ihrer unermüdlichen Aufklärungsarbeit ist dies denn auch gelungen. Nach und nach kam Licht in die Köpfe. Es wurde den Arbeitern ihre menschenunwürdige Lage vor Augen geführt, ihnen zugleich aber auch das Mittel gezeigt, sich aus dieser Lage emporzuheben zu besserem Wissen und höherer Machtvollkommenheit. „Vereinigt euch, dann seid ihr mächtig!" So klang es, und die Arbeiter gründeten Organisationen, und diese wuchsen, erst langsam und bedächtig, um sich dann später unaufhaltsam zu den heutigen kraftvollen Machtgebilden zu entwickeln.

Und erst die Arbeiterorganisationen brachten den Arbeitern Kraft und Selbstbewußtsein, erhöhtes Wissen und höhere Bildung. Die Arbeiter hörten Vorträge über wirtschaftliche, politische und wissenschaftliche Fragen und wurden zum Nachdenken angeregt. Wissensdurst und Bildungsbedürfnis erwachten. Das Resultat war die Schaffung von Arbeiterbibliotheken, die früher so wenig verbreitete periodische Arbeiterpresse erstarkte, jede Gewerkschaft schuf sich ihr Organ, die politische Tagespresse wuchs bis zu ihrem heutigen erfreulichen Stande. Das große Werk der Aufklärung und Bildung unter der Arbeiterschaft wird heute gekrönt durch Bildungsausschüsse, Vortragskurse, Diskutierklubs, Arbeiterbildungsvereine und Volksbühnen. Welch ein Fortschritt innerhalb weniger Jahrzehnte!

Heute gilt in der Arbeiterschaft der Raufbold als roher und ungebildeter Patron, der rücksichtslos drauflos schuftende Arbeiter als Lohndrücker und unsolidarischer Schädling der Allgemeinheit, und der übermäßige Alkoholgenuß ist als unsittlich verpönt. Und diese schnelle Umbildung der Anschauungen ist vornehmlich das Werk der Gewerkschaftsorganisationen, denen die politischen Verbindungen beigesprungen sind und die nun vereint, fleißig und unermüdlich an dem großen Werk weiterarbeiten, um schließlich alle die früheren willen- und energielosen Arbeitssklaven zu denkenden, gebildeten und ihrer hohen Kulturaufgabe bewußten Proletarier und Proletarierinnen zu erziehen . . .

Heute sehen wir Millionen von Arbeitern in den Reihen der Gewerkschaften. Diese schwellen zu immer größeren Truppenkörpern im wirtschaftlichen Kampfe an und das koalierte Unternehmertum schreit nach Staatshilfe gegen die organisierten und wohldisziplinierten Arbeiterbataillone. Diese aber spotten aller hinterlistigen Anschläge ihrer Gegner und marschieren mit festem Schritt ihrem Ziele entgegen, bekämpfen und beseitigen den Unternehmerabsolutismus, schaffen aus eigener Machtvollkommenheit den wirtschaftlichen Konstitutionalismus und streben über diese Etappe hinaus dem hohen Ziele der Gemeinsamkeit der Arbeit und deren Ertrages zu. Das ist die geschichtliche Mission des zum Klassenbewußtsein erwachten Proletariats!

Wir Alten aber, die wir wissen, welch ein großes Werk der kulturellen Aufklärung die Arbeiterorganisation uns beschert hat, wir wollen ihr in alter Liebe und Verehrung anhangen und in ihr und mit ihr in gewohnter Weise weiterstreben. Die Jüngeren aber mögen dessen eingedenk sein, daß sie bei ihrem Eintritt in die Arbeiterbewegung schon viel des Guten vorgefunden haben, was zu erringen unermüdlicher Aufklärungsarbeit und großen heroischen Opfermutes bedurfte. Denkt daran und handelt danach! Schätzt und hütet eure Organisation wie einen kostbaren Talisman, sie hat euch nicht nur bessere Arbeitsverhältnisse, sondern auch die Einigkeit, Selbstbewußtsein, besseres Wissen und höhere Bildung verschafft! Einigkeit aber macht stark, Wissen führt aufwärts, und Bildung macht frei! Diese Faktoren ergänzen sich gegenseitig und sind bei dem sieghaften Vormarsch des Proletariats zu dessen Emanzipation unentbehrlich!

Günstige Geschäftslage in der Steinindustrie.

Die Kälte und das Schneetreiben haben die Steinindustrie in den letzten Wochen sehr ungünstig beeinflußt. In der Sandsteinindustrie konnten die Steinmetzen bei einer Kälte von 8—12 Grad unter Null kaum arbeiten, weil das Material viel zu stark gefroren war. In den Granit-, Melaphyr-, Porphyr- und Basaltbrüchen wurde zwar trotz der Kälte gearbeitet, aber die Herren Unternehmer hätten es sicherlich lieber gesehen, wenn unsre Kollegen die Arbeit eingestellt hätten. Einige Unternehmer provozierten die Arbeiter,

indem sie Lohnreduktionen vornahmen. Sie wollten damit direkt erreichen, daß unser Verband einige Streiks aufgebürdet erhalten sollte. Das gelang aber vorbei. — Wir wissen ja, daß gerade die Hartsteinindustriellen im Winter eine solche schikanöse Politik betreiben.

Jetzt nun ist erfreulicherweise die Witterung recht milde geworden und unsre Kollegen in den Steinbrüchen sind darüber sehr befriedigt. Wenn die Schneedecke 20—50 Zentimeter stark ist, wenn eine grimmige Kälte herrscht, dann sind neben den Unternehmern auch die Poliere „oben auf". Und unsre Kollegen mußten im Laufe der letzten Wochen verschiedenes hinunterschlucken, was ihnen recht unangenehm mundete. Jetzt können wir aber wieder froheren Mutes in die Zukunft blicken. Neben dem für uns günstigen Witterungsumschlag sind auch ganz gewaltige Steinausschreibungen zu melden, welche uns mit großer Befriedigung erfüllen. Es ist daraus zu schließen, daß schon in den nächsten Wochen in den Steinbrüchen ein äußerst flotter Geschäftsgang einsetzen wird. Steht das Frühjahr im Zeichen eines günstigen Geschäftsganges, dann werden unsre Lohnbewegungen dadurch wesentlich gefördert, und ebenfalls wird unsre Agitation dadurch im günstigen Sinne beeinflußt, indem wir schon im 1. Quartal auf eine größere Mitgliederzunahme rechnen können. —

Nachstehende Steinlieferungen werden schon in den nächsten Tagen vergeben:

Grubenbetriebskasse in Camphausen, Kreis Saarbrücken 250 Kubikmeter Hartsteinkleinschlag auf die bergfiskalischen Fahrwege.

Städtisches Tiefbauamt I in Düsseldorf. Lieferung von Pflastersteinen zu Pflasterungen im Etatsjahr 1912: 1. Steine für Großpflaster, 2. Steine für Kleinpflaster, 3. Steine für Mittelpflaster, 4. Schlackenpflastersteine. Das Quantum wird erst festgestellt.

Grubenbetriebskasse in Ensdorf bei Saarbrücken. 250 000 Kubikmeter Dioritkleinschlag zur Unterhaltung der Wege im Bezirke des Bergwerks Kronprinz für 1912.

Grubenbetriebskasse in Neunkirchen, Saar. 700 Kubikmeter Dioritkleinschlag zur Unterhaltung der Wege im Felde des Steinkohlenbergwerks König für 1912.

Eisenbahnbauabteilung in Oberhausen. 1. 7500 Quadratmeter Grauwackepflastersteine in Normalformat, 2. 12 000 Tonnen Packlage aus Ruhrkohlensandstein, 3. 7000 Tonnen Basaltkleinschlag in getrennten Losen.

Stadtbauamt in Spandau. 1500 Kubikmeter Basaltschüttsteine und 180 Kubikmeter Basaltgrand.

Gemeindebaurat in Steglitz. 1500 Quadratmeter Granitreihensteine 3. Klasse.

Städtisches Hochbauamt in Offenbach a. M. Steinmetzarbeiten für ein Maschinenmeisterwohnhaus beim städtischen Krankenhaus.

Grubenbetriebskasse in Dudweiler bei Saarbrücken. 116 Kubikmeter Dioritkleinschlag zur Unterhaltung der Wege im Bereiche des Steinkohlenbergwerks Dudweiler für 1912.

Katholischer Stiftungsrat in Horgen bei Rottweil. Steinmetzarbeiten, u. a. zum Neubau eines Glockenturms.

Oberbürgermeister in Barmen. 9900 Quadratmeter Pflastersteine aus Grauwacke oder Dolorit für den Ausbau eines Straßenzuges auf dem Oberheidt.

Stadtbaudeputation in Breslau. Bearbeitung von Steinmaterialien (Steinschlag, Bearbeiten alter Granitplatten und Steinwaschen) im Verwaltungsjahr 1912.

Kreisbauinspektor in Friedberg (Hessen). 1. Lieferung von Randsteinen (Werksteine aus Basaltlava), ca. 4750 laufende Meter, 2. Lieferung von Mosaikpflastersteinen, ca. 7000 Quadratmeter, 3. Lieferung von Vollpflastersteinen, ca. 13 500 Quadratmeter.

Bauleitung für den Wehrbau Neißemündung in Breslau. Lieferung von rund 110 Kubikmeter Granitwerksteinen für den Neubau des Wehrs an der Neißemündung.

Bürgermeister in Elberfeld. 10 000 Quadratmeter Packlagesteine aus fester blauer Grauwacke.

Finanzdeputation in Hamburg. 4500 Kubikmeter Reihenpflastersteine und 1500 laufende Meter Kantsteine für Hafenbauten.

Universitätsbauamt in Würzburg. Zum Neubau des Luitpoldspitals: 2. Lieferung von Kalksteinarbeiten: Glatter Kalksteinsockel 72,50 Quadratmeter, glatte Kalksteinarbeiten 13 Kubikmeter, abgefaster Sockelabschluß 106 laufende Meter, profilierte Kalksteinarbeiten 6,45 Kubikmeter. 3. Lieferung von Sandsteinarbeiten: Glatte, scharrierte Sandsteinarbeiten 10 Kubikmeter, einfach profilierte Sandsteinarbeiten 67,50 Kubikmeter, bessere profilierte Sandsteinarbeiten 13,50 Kubikmeter, glatte rote Sandsteinstufen 5 Kubikmeter.

Wasser- und Straßenbauinspektion in Heidelberg. Zur Herstellung der für 1912 an Landstraßen, sowie an Kreisstraßen und Kreiswegen vorgesehenen Fahrbahn- und Rinnenpflasterungen: 29 000 Stück Pflastersteine aus Hartgestein und 103 000 Stück aus bestem Sandstein.

Städtisches Tiefbauamt in Rheydt. Lieferung der im Etatsjahre 1912 (gegebenenfalls für mehrere Jahre) zur Unterhaltung bezw. zum Neubau städtischer Straßen erforderlichen Mengen an Basaltkleinschlag (etwa 2500 Kubikmeter Basaltkleinschlag).

Eisenbahnbetriebsnebenamt in Simmern, Hunsrück. 2500 Quadratmeter Pflastersteine aus Hartgestein.

Bauinspektion für den Hafenerweiterungsbau in Bremen. 8200 Quadratmeter Pflastersteine und 1844 laufende Meter Bordsteine für die Straßen auf dem Gelände des neuen Trockendocks im ganzen oder in mehrere Lose geteilt.

Wasserbauamt in Emden. 60 Kubikmeter Granitwerksteine und Abdeckplatten für den Umbau der Emder Kesselschleuse.

Landesbauamt in Cochem. Lieferung v. Pflastersteinen. Los 1: Frei Bahnstation Bullay 2500 Quadratmeter Pflastersteine aus Hartbasaltlava, Großformat, 12 Zentimeter breit, 18 Zentimeter lang und 16 Zentimeter hoch, oder aus Melaphyr oder Grauwacke, Normalformat 2. Sorte, 10 Zentimeter breit, 16 Zentimeter lang und 16 Zentimeter hoch. Los 2: Frei Bahnstation Trarbach (Kleinbahn Bullay-Trier) 1615 Quadratmeter Fahrbahnpflastersteine wie zu Los 1. Los 3: Frei Bahnstation Berncastel-Cues (Staatsbahn) 2600 Quadratmeter Fahrbahnpflastersteine wie zu Los 1. Los 4: Frei Bahnstation Bullay 1002 Quadratmeter Fahrbahnpflastersteine aus Hartbasaltlava, Großformat, 12 Zentimeter breit, 18 Zentimeter lang, 16 Zentimeter hoch.

Grubenbetriebskasse in Göttelborn. Dioritkleinschlag für 1912: 350 Kubikmeter für Abteilung Göttelborn und 200 Kubikmeter für Abteilung Dilsburg.

Eisenbahnbetriebsamt in Graudenz. 1095 Quadratmeter Granitpflastersteine 3. Klasse zur Erneuerung des Pflasters der Ladestraße auf Bahnhof Graudenz.

Städtisches Tiefbauamt in Koblenz. Los 1: 270 Quadratmeter Porphyrpflastersteine 1a, Normalformat, 450 Quadratmeter Porphyr- oder Melaphyrpflastersteine 2a, 300 Quadratmeter Melaphyrpflastersteine 2a. Los 2: 700 Kubikmeter Basaltkleinschlag. Los 3: 1800 Kubikmeter Quarzitkleinschlag.

Tiefbauamt Jena. Für eine massive Steinbrücke über die Saale sind die Muschelkalksteinarbeiten zu vergeben.

Stadtmagistrat in Augsburg. 5094 Quadratmeter Reihensteine und 886 Kubikmeter Kopfsteine aus Granit.

Hochbauamt in Göttingen. Zum Erweiterungsbau der Schule in Grone: Los 1: Erd-, Maurer-, Asphalt- und Steinmetzarbeiten.

Hochbauamt in Leipzig. Steinmetzarbeiten zum Leihhausneubau am Yorkplatz.

Städtisches Tiefbauamt in Hagen. 5850 Quadratmeter Reihenpflastersteine Format 13/20/13 Zentimeter und 450 Quadratmeter Reihenpflastersteine.

Kgl. Hochbauamt in Thorn. Steinmetzarbeiten u. a. zum Erweiterungsbau der Schule in Mlynietz, Kreis Thorn.

Städtisches Tiefbauamt in Elberfeld. 1200 Quadratmeter Granitpflastersteine, 8500 Quadratmeter Grauwackepflastersteine, 650 Quadratmeter Ruhrsandsteinpflastersteine, 1000 Quadratmeter Hartbasaltpflastersteine, 200 Quadratmeter Kleinpflastersteine aus Basalt, 2500 Quadratmeter Mosaikpflastersteine aus Grauwacke, 65 000 Stück Fußsteigpflastersteine (Platinen) aus Grauwacke.

Städtisches Tiefbauamt in Elberfeld. 3500 Kubikmeter Basaltkleinschlag, 3000 Kubikmeter Grauwackekleinschlag, 300 Tonnen Basaltsplitt zur Straßenunterhaltung 1912.

Königliche Eisenbahndirektion in Elberfeld. 100 000 Kubikmeter Steinschlag für 1912.

Königliches Bauamt in Lingen, Ems. Steinschlag oder Steinkies zum Bau der Kammermauern der Schleppzugschleusen Rodde u. Hesselte im ganzen oder in zwei Losen. L. I. 1500 Kubikmeter für Baustelle Rodde, L. II. 1800 Kubikmeter für Baustelle Hesselte.

Königliches Neubauamt der technischen Hochschule in Dresden. Zum Neubau der Ingenieurabteilung der technischen Hochschule Dresden: Granitarbeiten Los II für das Hauptgebäude.

Stadtmagistrat in Nürnberg. 1 176 000 Stück Pflastersteine und 12 450 Meter Randsteine aus hartem, unverwitterlichen Granit. Stadtbauamt in Bergedorf. L. I. 1600 Kubikmeter Reihensteine zweite Sorte, L. II. 200 Kubikmeter Polygonalsteine erste Sorte, L. III. 3400 Meter Kantsteine zweite Sorte.

Königliche Eisenbahndirektion in Magdeburg. 2500 Stück Grenzsteine.

Stadtbauamt in Bochum. 36 000 Quadratmeter Granitpflastersteine für 1912 insgesamt oder in einzelnen Losen.

Wasserbauinspektor Schunk in Straßburg. Lieferung von Vogesensandsteinen zur Unterhaltung und zu Neubauten an den Kanalstrecken des Wasserbaubezirks für die Dauer von vier Jahren. Der Bedarf der letzten fünf Jahre betrug rund: 250 Kubikmeter Hausteine, 1430 Quadratmeter Schichtensteine, zweite Sorte, 1600 Kubikmeter gewöhnliche Bruchsteine, 2000 Kubikmeter ausgesuchte große Bruchsteine.

Stadtbauamt in Guben. 3000 Quadratmeter Reihensteine dritter Klasse.

Königliches Eisenbahnbetriebs-Nebenamt in Koblenz. Lieferung von 2500 Quadratmeter Pflastersteinen aus Hartgestein.

Königliches Eisenbahnbetriebsamt in Weimar. 980 Quadratmeter Pflastersteine zur Pflasterung der Ladestraße auf Bahnhof Eckartsberga.

Die Ausschreibungen haben sich erfreulicherweise sehr gehäuft. Unsre Kollegen tun gut, die Rubrik: Steinausschreibung mit Interesse zu verfolgen.

Verlust eines Auges und Unfallrente.

Im letzten Jahrzehnt ist es einflußreichen Kreisen der Berufsgenossenschaften immer mehr gelungen, die Renten bei Verlust eines Auges herabzudrücken. Heute operieren die Instanzen auch bei Verlust eines Auges mit der berühmten „Gewöhnung" und „Anpassung". Die Rechtsprechung macht einen Unterschied zwischen „qualifizierten" und „nichtqualifizierten" Arbeitern. Den ersteren werden 30 bis 33⅓ Prozent Rente auch nach der Gewöhnung belassen, während den nichtqualifizierten Arbeitern 20 bis 25 Prozent gewährt werden. Wer ist nun „qualifiziert"? In früheren Jahren waren es alle diejenigen, welche ein Handwerk erlernt hatten, wo ein besonderes scharfes Sehen erforderlich war. Und welches Handwerk erforderte nicht zu seiner Ausübung gute gesunde Augen? Den Berufsgenossenschaften war der Kreis der qualifizierten Personen viel zu weit gezogen und übten vor allen Dingen ihren Einfluß dahin aus, daß nicht alle gelernten Personen als „qualifizierte" angesehen werden sollten. In den letzten Jahren sind die Genossenschaften sogar an der Arbeit, dahin zu wirken, daß überhaupt ein Unterschied zwischen Qualifizierten und Nichtqualifizierten nicht mehr gemacht wird, d. h. also, es sollen noch niedrigere Rentensätze festgestellt werden.

In einer Entscheidung vom Jahre 1907 sagte das Reichsversicherungsamt: „Soweit es sich um Augenverletzungen handelt, können als qualifizierte Arbeiter im allgemeinen nur solche Personen angesehen werden, die zur Ausübung ihrer Berufstätigkeit einer besonders sicheren und starken Sehkraft bedürfen und auf das Sehen mit beiden Augen angewiesen sind."

Hier wird schon das Hauptgewicht auf beide Augen gelegt. 1909 erklärte dasselbe Gericht einen Nieter (gelernten Schlosser) nicht für „qualifiziert", „weil für diese Eigenschaft eine ganze Reihe von Voraussetzungen gegeben sein müssen (besondere Gefährdung, Notwendigkeit besonders guten, namentlich zweiäugigen und körperlichen Sehens und andres mehr), die hier nicht gegeben sind".

Heute sind Schlosser, Schmiede, Klempner, Tischler, Maurer, Zimmerleute usw. zu verzeichnen, denen man nach einigen Jahren die Rente von 33⅓ auf 25 Prozent kürzte, weil sie nicht qualifiziert seien und außerdem Gewöhnung stattgefunden habe. Mit Recht weisen die Arbeiter darauf hin, daß sie bei ihrer gegenwärtigen Arbeit unbedingt auf scharfes Sehen angewiesen sind. Das Reichsversicherungsamt erklärte aber 1910 eine Kürzung von 33⅓ Prozent auf 25 bei Verlust des rechten Auges nach eingetretener Gewöhnung für zulässig, denn „auf die gegenwärtige Arbeit des Verletzten komme es nicht an, sondern darauf, ob der Kreis der Tätigkeit, die ihm zur Zeit des Unfalles oblag, an ein scharfes und genaues Sehen besonders hohe Anforderungen gestellt habe".

In demselben Jahre ließ das Reichsversicherungsamt eine Berufsgenossenschaft ablaufen, die einem Monteur mit Hilfe der Gewöhnung die Rente von 33⅓ Prozent auf 25 kürzen wollte. Nachdem im Urteil darauf hingewiesen, daß der Verletzte sein linkes Auge als Metalldreher verloren habe und jetzt als Monteur beschäftigt sei, heißt es weiter: „Als Metalldreher und Monteur gehört er aber zu denjenigen Arbeitern, die auf ein besonders scharfes und feines Sehen angewiesen und an gefährlichen Stellen und mit gefährlichen Stoffen zu arbeiten genötigt sind. Sie sind daher bei ihrer Beschäftigung einer besonderen Gefahr der Schädigung ihres Sehvermögens ausgesetzt und müssen, wenn die Sehkraft eines Auges bereits durch einen Betriebsunfall verloren gegangen ist, eine erhöhte Aufmerksamkeit bei der ferneren Ausübung ihres Berufes aufwenden, um die Schädigung des unfallverletzten Auges nach Möglichkeit zu verhüten. Aus diesen Gründen wird solchen Arbeitern auch nach Eintritt der Gewöhnung an das einäugige Sehen in der Regel eine Rente von 33⅓ Prozent zu gewähren sein."

Diese Entscheidung mögen sich alle Einäugigen merken, die an gefährlichen Stellen mit gefährlichen Stoffen zu arbeiten gezwungen sind.

Die Nordwestliche Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft Braunschweig kürzte einem Schmiede, der 1907 ein Auge verloren hatte, die Rente ebenfalls auf 25 Prozent. Vorher hatte der Schmied 33⅓ Prozent. Die Kürzung wurde mit der Gewöhnung begründet. Auf die eingelegte Berufung erklärte das Schiedsgericht Braunschweig, daß von einer Gewöhnung nicht gesprochen werden könne. Der Rentensatz von 33⅓ Prozent sei hier überhaupt keiner Kürzung fähig, „denn unter diesen Satz soll bei Verlust eines Auges nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts bei allen sogenannten qualifizierten Arbeitern regelmäßig nicht gegangen werden und diesen durch ihre Berufstätigkeit auf besondere Sehtüchtigkeit angewiesenen Arbeitern (zu denen der Kläger nicht gehört), hat das Reichsversicherungsamt solche gleichgestellt, die, wie die Schmiede, genötigt sind, an gefährdeten Stellen, z. B. am Feuer, zu arbeiten".

Wie gesagt, sind den Berufsgenossenschaften die qualifizierten Arbeiter und diejenigen an gefährdeten Stellen Beschäftigten ein Dorn im Auge, soweit sie Rente zahlen müssen. Die Scharfmacher werden weiter bohren, damit auch diese Ausnahmen wegfallen und jedem Einäugigen nach einer Zeit nur 20 bis 25 Prozent Rente gegeben wird, weil Gewöhnung vorhanden ist. Die meisten Scharfmacher haben keine Ahnung, wie es einem Einäugigen in der Fabrik in bezug aufs Sehen geht. Diese Leute halten bei Verlust nur eines Auges das Zahlen einer Rente überhaupt nach eingetretener Gewöhnung für überflüssig und pflichten im Stillen jenem Berufsgenossenschaftsvertreter bei, der in einer Sitzung des Breslauer Schiedsgerichts erklärte:

„Es gibt heutzutage große Künstler, welche mit einem Auge die feinsten Arbeiten verrichten. Es ist auch sonst schon bewiesen, daß der Mensch überhaupt nur ein Auge braucht. Der liebe Herrgott hat dem Menschen nur deshalb zwei Augen geschaffen, damit er nicht ganz blind wird, wenn er eins verliert."

Der liebe Herrgott hat auch Esel und Ochsen geschaffen!

Elektrizität im Steinbruchsbetriebe.

Wie in allen gewerblichen Betrieben, so spielt die Elektrizität auch in den Steinbrüchen für den Antrieb von Maschinen aller Art eine wichtige Rolle. In den Steinbrüchen Belgiens wird elektrische Energie von über 10 000 Pferdestärken zum Antrieb der Hebezeuge, Haspel und Laufkrane verbraucht.

Vom Bohren der Sprenglöcher an bis zum Polieren des Werkstücks in der Fabrik, also vom ersten Handgriff zur Gewinnung des Steines bis zur letzten Bearbeitung vor der Ablieferung dient die Elektrizität als Triebkraft. Zum Bohren wird die Elektrizität meist nicht unmittelbar benutzt, sondern sie dient zunächst zur Erzeugung von Druckluft, die ihrerseits die Bohrer speist. Neuerdings werden aber auch Bohrhämmer und Meißel mit unmittelbarem elektrischen Antrieb gebaut. Es handelt sich dabei meist nicht um die Herstellung von Sprenglöchern, sondern um größere Löcher in erheblichen Abständen, zwischen denen dann das Gestein durch rasch laufende, dünne Drahtkabel ausgesägt wird. Das Kabel läuft über kleine Seilscheiben, die mit dem Fortschritt des Sägeschnitts weiter und weiter in das Bohrloch versenkt werden.

Zur Förderung der Steine von der Gewinnungs- zur Verarbeitungsstelle dienen elektrisch angetriebene Haspel, deren Bauart keine Besonderheiten bietet. Sie werden von einem vollkommen gekapselten Gleichstrommotor angetrieben, der unter Vermittlung eines doppelten Vorgeleges die Trommelwelle in Umdrehung versetzt. Zum Ingangsetzen ist ein gewöhnlicher Steuerschalter, zum Anhalten außerdem eine unmittelbar auf der Trommelwelle sitzende Bandbremse mit Fußbetrieb vorgesehen. Am Ende der schiefen Ebene, über die die Blöcke durch den Haspel befördert werden, werden sie von feststehenden und fahrbaren Kranen in Empfang genommen, die den ganzen Werkplatz bestreichen. In einem Steinbruch von Songin, den unsre Quelle als Beispiel anführt, erreicht die Tragfähigkeit der Krane die Höhe von 50 Tonnen. Die Laufkatze ist wie üblich vom Führerhaus umgeben. Durch Stromabnehmer in Verbindung mit Kontaktleitungen wird sowohl dem Hauptmotor als dem Fahrmotor für die Katze Strom zugeführt. Auch zum Verfahren des ganzen Krangerüstes dient natürlich elektrischer Antrieb, der den Kran unter Vermittlung von Schnecken und Schneckenrädern durch Laufräder an beiden Seiten des Krans in Bewegung setzt. Die Wagen mit den fertig bearbeiteten Steinen werden auf elektrisch angetriebenen Schiebebühnen bewegt. Endlich dient die Elektrizität auch zum Antrieb von Pumpen, die die tiefgelegenen Flächen der Steinbrüche entwässern. Besonderen Vorteil bietet dabei die Elektrizität für bewegliche Pumpen, weil es zur Kraftübertragung nur eines Kabels, aber keiner festen Teile bedarf; auch die beständige Betriebsbereitschaft ist eine sehr schätzenswerte Eigenschaft der elektrischen Pumpen, die meist als Kreiselpumpen für 4 bis 100 Pferdestärken gebaut sind.

Je nach den örtlichen Verhältnissen wird Gleichstrom oder Drehstrom verwendet, der entweder in eigenen Kraftanlagen erzeugt oder aus öffentlichen Elektrizitätswerken entnommen wird.

Der fleißige Königbauer.

Im Wahlkreise Traunstein-Tittmoning war bei den bayrischen Landtagswahlen für das Zentrum der christliche Arbeitersekretär und bisherige Abgeordnete Heinrich Königbauer wieder aufgestellt worden. Gegen seine Kandidatur erhob sich ein lebhafter Protest, der sich vornehmlich gegen die Un—tätigkeit Königbauers im Landtage richtete. So stellten eine Anzahl Bauern in der „Münchner Freien Volkszeitung" während des Wahlkampfes folgende Anfragen an Königbauer:

Herr Kandidat Königbauer hat in der Bauernbundversammlung am 6. Januar in Grabenstädt den Vorwurf, daß er in der letzten ordentlichen Landtagssession bei 25 namentlichen Abstimmungen nicht im Landtag anwesend war, dahin rechtfertigen wollen, daß er im Schiedsgericht in Versicherungssachen öfters Leute vertreten mußte, daß er wegen Ausarbeitung wichtiger Referate verhindert war, daß er oft wegen Forstrechtsangelegenheiten Versammlungen draußen abhalten mußte und deshalb bei den wichtigen Abstimmungen im Landtag nicht anwesend sein konnte. Die Unterzeichneten fordern Herrn Königbauer auf, öffentlich zu erklären, welche Fälle und wieviele es aus seinem Wahlkreis waren, die er beim Schiedsgericht behufs Versicherungsangelegenheiten vertreten mußte. Wieviele und welche seiner ausgearbeiteten Referate sich auf die Landwirtschaft bezogen haben? Wieviele und welche Orte es waren, in denen er wegen Forstdifferenzen Versammlungen abhalten mußte und warum er bei allen Abstimmungen unentschuldigt abwesend war?, wenn über diese Fragen keine Antwort kommt, so muß man annehmen, daß Herr Königbauer im Landtag seine Pflicht nicht getan hat.

Eine öffentliche Antwort auf diese Frage hat Herr Königbauer nicht gegeben, ob er sie in internen Kreisen gegeben hat, ist nicht bekannt geworden, bekannt ist nur, daß Herr Königbauer als Landtagskandidat tüchtig durchrasselte, weil der Wahlkreis einen Zentrumsmann und gar einen solchen „fleißigen" nicht mehr ertragen konnte. Herr Königbauer teilt dieses Schicksal mit seinem Kollegen, dem Sekretär des christlichen Eisenbahnerverbandes, Herrn Dauer. Herr Dauer hatte gehofft, in der Frage der Entrechtung der bayrischen Eisenbahner auch später parlamentarisch eine große Rolle spielen zu können. Nun ist es Essig damit. Herr Königbauer besitzt zurzeit aber noch ein Mandat, er ist durch Zufall Mitglied des Magistrats in München geworden. Obwohl diese Wahl längere Zeit zurückliegt, hat Königbauer — wie die „Münchner Post" mitteilt", bisher in allen Sitzungen durch Abwesenheit geglänzt.

Da braucht sich Herr Königbauer nicht zu wundern, daß seine Wähler darauf erpicht sind, ihm die schwere Bürde von Vertretungsämtern im Parlament und Stadtrat abzunehmen. Für den Landtag ist das schon geschehen. Als Magistratsperson wird er auch nicht mehr lange leben. — Die ganze Darstellung aber zeigt, daß der gewesene Landtagsdeputierte es mit seiner parlamentarischen Tätigkeit nicht sehr ernst nahm.

Korrespondenzen.

Andlau (Baden). Am 27. Januar fand im Lokal Stadt Straßburg unsre Generalversammlung statt. Zunächst gab der Vorsitzende einen eingehenden Bericht über das verflossene Jahr, welcher die verschiedenen Vorkommnisse und die Differenzen streifte. Die Abrechnung von 4. Quartal gab der Kassierer Pulgerin bekannt, die von den Revisoren für richtig befunden wurde. Es wurde scharf gerügt, daß es immer noch Kollegen gibt, denen es die Zeit nicht erlaubt, die Versammlungen zu besuchen. Bemerkt sei, daß es immer die gleichen sind, die zur Versammlung kommen. Ich glaube, daß diese Kollegen ihr Fachorgan nur oberflächlich oder gar nicht lesen. Das ist sehr bedauerlich, denn der „Steinarbeiter" ist sehr inhaltsreich ausgestattet. Ferner wurde es von den Kollegen freudig begrüßt, daß in Andlau bei der Firma Stoerr, wo immer vierwöchige Zahlung stattfand, endlich die vierzehntägige Löhnung eingeführt wurde. — Neugewählt wurde zum ersten Vorsitzenden Georg Fuggenthaler.

Alt-Warthau. Unterzeichneter wurde am 12. Januar 1912 aus der Heilanstalt Hohenwiese i. R. mit gutem Erfolg entlassen. Ich begab mich, nachdem ich in Bunzlau angekommen war, wieder in

ärztliche Behandlung, denn ich hatte mir auf meiner Heimreise eine Erkältung zugezogen; mein behandelnder Arzt stellte Lungenkatarrh fest. Am 5. Februar wurde ich von der Kreis-Ortskrankenkasse zu Bunzlau aufgefordert, mich einer Nachuntersuchung zu unterziehen, und zwar bei Herrn Sanitätsrat Dr. Kalliefe, Löwenberger Str. 34. Diesem Wunsch kam ich nach und erschien laut Aufforderung am 7. Februar, nachmittags 3 Uhr, beim Herrn Sanitätsrat. Es wurde nun festgestellt, daß die Lunge nicht in Ordnung sei. Auf meinen Wunsch, die Sache weiter zu untersuchen, bekam ich die Antwort, ich hätte Rachenkatarrh, den hätte aber jetzt bald jeder Mensch. Es wurden dann noch verschiedene Fragen an mich gestellt. Nun bekam ich mein Resultat zu hören vom Herrn Sanitätsrat. Ich sollte keine Schwierigkeiten machen, meine Krankheit sei nicht so schlimm, ich sei wohl krank, aber nicht arbeitsunfähig. Geben Sie die Erklärung ab, daß Sie bis Sonnabend, 10. Februar, gesund sind. Ich gab darauf die Antwort, daß ich das nicht könne. Ich wurde sofort gesund geschrieben. Nun möchte ich ja wissen, wieweit der Mensch eigentlich sein muß, wenn er arbeitsunfähig ist, bei einem Steinmetzen ist die Lunge und der Hals die Hauptsache. Der Herr Dr. K. kennt doch aus seiner Praxis die Gesundheitsschädlichkeit unsres Berufs genau. So mancher Kollege sah noch gut aus und wenige Monate später war er eine Leiche. Wo soll das hinaus, wenn ein Kollege arbeiten soll bis zum völligen Kaputtsein. Wenn man sichs bedenkt, wie in den letzten Jahren die Kollegen dahingestorben sind, so muß das Verhalten des Herrn Sanitätsrats sehr verwunderlich genannt werden. Gustav Kreiß.

Berlin. (Zum Ueberstundenwesen.) Diese Frage wird verschiedenartig beantwortet. Wenn schon in fast allen Tarifen der Passus enthalten ist: „Ueberstunden werden mit soundsoviel Prozent Zuschlag bezahlt", so ist damit nicht gesagt, daß wir sie machen müssen. Wenn wir nun die näheren Umstände in Betracht ziehen, so ist es sogar unsre Pflicht, Ueberstunden zu verweigern. — Für die in den Werkstellen beschäftigten Kollegen liegen allerdings oft triftige Gründe vor, dem Verlangen der Arbeitgeber zu entsprechen und solche zu leisten. Es sollte dies aber, um die Gesundheit der Arbeiter nicht zu sehr zu schädigen, umschichtig geschehen. Wie steht es auf den Bauten? In Berlin sind im Jahre 1911 viele sehr große Bauten aufgeführt worden, wovon jeder einzelne viele Millionen Mark repräsentiert. Der Wert jedes dieser Häuser würde nicht so staunenerregend sein; wenn man aber bedenkt, daß jedes einzelne — es handelt sich hier um Waren- und andre Geschäftshäuser — längstens ein Jahr bis zur Fertigstellung in Anspruch genommen hat, dann muß man staunen. — Man muß ja zugeben, daß die Bauverwaltungen eine raffiniert ausgeklügelte Arbeitsmethode geschaffen haben. Und man kann ja jeden Fortschritt nur begrüßen, es läßt sich auch nichts dagegen tun. Daß aber die Arbeit mit Bedacht und sogar mit einer gewissen Ruhe gemacht werden muß, ist Sache derjenigen, welche ihre Haut zu Markte tragen müssen und für alles einstehen sollen. — Wer zieht nun den Vorteil aus dieser Arbeitsweise? Nicht wir Arbeiter; das Gegenteil trifft immer zu. Damit der Großkaufmann, Warenhausbesitzer zur festgesetzten Frist mit dem Verkauf seiner Waren beginnen kann, werden die einzelnen Arbeiterkategorien nacheinander in den Bau geschoben, ungeachtet dessen, ob eine derselben bei der Arbeit behindert wird oder nicht. Daher kommt es, daß durch das Hasten und Ueberstürzen Unglücksfälle manchmal nicht zu vermeiden sind und sogar zur Tagesordnung werden. Bauarbeiterschutzvorschriften stehen den Arbeitern genügend, wenigstens vorläufig, zur Verfügung; doch kümmert sich eine große Zahl derselben in ihrem nervösen Hasten und Jagen nicht um dieselben. Daher kommt es, daß laut „Nachrichten des Reichsversicherungsamtes" für das Jahre 1910 672 961 Unfälle zu verzeichnen sind, d. h. also 3714 solcher bedauerlichen Fälle mehr als im Jahre 1909. Diese Zahlen, Kollegen, habe ich darum mit angeführt, weil sie auch teilweise die Folgen von Ueberanstrengungen durch Ueberarbeitszeit sind. Ueberanstrengungen des vorhergehenden Tages kräftigen nicht den Körper, stählen nicht mehr die Muskeln, sondern machen den Menschen matt. Darum, ihr Baukollegen, lehnt für die Zukunft mit aller Entschiedenheit Ueberstunden ab. Wenn nun einmal über Zeit gearbeitet werden muß (darüber läßt sich ja von Fall zu Fall entscheiden), dann führt Schichten ein. Ein paar Kollegen arbeiten abwechselnd Tag-, die andern Nachtschicht. Sind die Kollegen aber gestärkt und munter, wenn sie tags zuvor 12 bis 13 Stunden, ja 15 Stunden wochenlang gearbeitet haben? — Die Sterbetafel des letzten Monats kann von Berlin etwas beweisen. — Darum nochmals: Macht keine Ueberstunden! Wir können in Berlin den Anfang machen, zu unserm Vorteil und für den Fortschritt. E. H.

Darmstadt. Am 6. Februar tagte im Gewerkschaftshaus eine schlecht besuchte Monatsversammlung. Es nahm zunächst Sarfert das Wort und betonte in seinen Ausführungen, daß das unsrer Zahlstelle verloren gegangene Gebiet Zeilhart zurückerobert werden müsse. Es entspann sich dann eine lebhafte Diskussion, in welcher beschlossen wurde, dieses Gebiet in allernächster Zeit von neuem wieder zu bearbeiten. Es haben sich viele Kollegen zur Flugblatt- und Handzettelverteilung gemeldet. Des weiteren wurde über unsern früheren Vorsitzenden Wolf verhandelt und sein Verhalten verurteilt. Es wurde der Beschluß gefaßt, daß Wolf aus dem Zentralverband der deutschen Steinmetzen ausgeschlossen wird. Am Sonntag, den 11. Februar, haben wir eine außerordentliche Versammlung abgehalten. Es wurde beschlossen, den neuentworfenen Tarif in allernächster Zeit den hiesigen Arbeitgebern behufs Einleitung der Verhandlungen zugehen zu lassen.

Demitz-Thumitz. Am 8. Februar fand hier eine Versammlung statt, um die noch anstehenden Differenzen betr. § 14 auf friedlichem Wege mit den Unternehmern zu regeln. Die Unternehmer waren zu derselben ebenfalls eingeladen. Aber ein einziger war bloß erschienen, einige waren angeblich anderweitig in Anspruch genommen. In der ganzen Sache aber schien System gelegen zu haben. In den Kommissionsverhandlungen im Sommer war von den Unternehmern bezw. deren Vertretern stets erklärt worden, im Winter ließe sich die Tarifgeschichte besser regeln, weil da mehr Zeit wäre. Jetzt scheint die Sache umgedreht zu sein. Die Vertreter der Arbeiter sind nun überzeugt, daß seitens der Arbeiterschaft alle Mittel und Möglichkeiten erschöpft sind, um eine gütliche Lösung der Frage herbeizuführen, daß die in der Konferenz am 27. Januar erwägten und getroffenen taktischen Maßnahmen die richtigen sind und nunmehr nur energische Schritte den bescheidenen Wünschen der Arbeiterschaft Geltung verschaffen können. Die Unternehmer mögen die Konsequenzen ihrer eigenartigen Haltung daraus ziehen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Anwesenden protestieren und bedauern zugleich, daß die Unternehmer heute nicht erschienen sind. Sie sind überzeugt, daß die Unternehmer die noch anstehenden Differenzen betr. § 14 auf friedlichem Wege nicht erledigt haben wollen. In dem Bewußtsein, bisher alles getan zu haben, um den wirtschaftlichen Frieden in der Steinindustrie aufrecht zu erhalten, sehen die Kollegen der ferneren Entwicklung der Angelegenheit mit kühler Ruhe entgegen." Die Herren Unternehmer denken, die Speller lassen sich etwa Abzüge gefallen. Nun, da irren sie sich. Im Kreise der hiesigen 1500 Steinarbeiter herrscht über das Verhalten eines Teiles der Unternehmer große Entrüstung. Die Verbandsleitung hat den Hartsteinindustriellenverband über den Stand der Dinge informiert, ob er vorläufig eingreifen wird, wagen wir nicht zu behaupten.

Ehringsdorf. In der Generalversammlung, welche am 27. Jan. im Bergschlößchen zu Ehringsdorf stattfand, wurde der Jahresbericht gegeben, in dem für das verflossene Jahr nichts Besonderes vermerkt war. Nachdem Quartalsbericht. Dann Vorstandswahl. Diese hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Kollege L. Barth. Die Notwendigkeit eines 2. Vorsitzenden wurde anerkannt, weil sich die Zahlstelle auf verschiedene Bezirke verteilt. 2. Vorsitzender Kollege P. Harz, Kassierer Kollege B. Kämpfe und Schriftführer P. Strauch. Im weiteren wurde, da die Kündigung der Tarife für Weimar und Ehringsdorf unserseits bevorsteht, die Tariffrage in großen Umrissen erörtert. Die Tarifkommission wird über weitere Details noch Aufklärung geben. Leider war die Generalversammlung nur mäßig besucht. Es gibt Kollegen, die nur selten in einer Versammlung zu sehen sind. Das ist tief bedauerlich. So kann es in Zukunft nicht mehr weitergehen.

Hasenthal (S.-M.). Am 28. Januar fand im Berliner Hof unsre Generalversammlung statt. Zunächst gab der Kassierer Büttner den Quartalsbericht, welcher sehr befriedigend war. Darauf wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten. Wiedergewählt wurden Langhammer als Vorsitzender, Büttner als Kassierer und Wiegand als Schriftführer. Sodann setzte eine Debatte über Lohndifferenzen ein, in der man sich dahin einig wurde, eine gemeinschaftliche Versammlung mit unsern Steinacher Kollegen einzuberufen. Ferner kam es noch zu einer Aussprache betr. des anonymen Briefes, welcher gegen unsern Aufseher Krauß sowie den im Betriebe beschäftigten Schmied Ruppe aus Spechtsbrunn gerichtet war und voller Verleumdungen strotzen sollte. Diese Tat soll nun unser Vorsitzender Langhammer vollbracht haben, welches ihm sogar öffentlich vorgeworfen wurde. Um diese Schmach nicht auf sich ruhen zu lassen, legte er den Fall der Versammlung vor. Wir wurden dahin einig, gerichtliche Schritte einzuleiten. Wir können der Direktion der Herzogl. Griffelbrüche nur raten, in Zukunft solche Schreiben ohne Unterschrift in den Papierkorb wandern zu lassen. Wir Arbeiter sind darüber längst aufgeklärt, daß solche Schreiben Verdächtigungen gemeinster Art sind. Bei Punkt Verschiedenes kam die Aufnahme der Arbeiterinnen zur Debatte. Da verschiedene derselben in der Versammlung anwesend waren und sich auf Befragen ohne Bedenken dazu bereit erklärten, wurde bestimmt, eine Agitationstour unternehmen zu lassen. Das Resultat brachte 25 Aufnahmen.

Lerbach. Am 28. Januar fand unsre Generalversammlung im Lokale Dehn (Zur Freiheit) statt. Zunächst gab der Vorsitzende, Kollege Kleine, einen kurzen Ueberblick über die verflossenen Reichstagswahlen. Besonders hob er dabei hervor, daß es nun durch Aufklärung und jahrelange Arbeit der Gewerkschaften in unserm Wahlkreise gelungen ist, einen Arbeitervertreter in den Reichstag zu senden. Der Kassierer, Kollege Wilh. Koch, verlas die Abrechnung vom 4. Quartal 1911. Alles war in bester Ordnung. Die Mitgliederzahl war im Januar 1911 auf 20 gesunken, sie hat sich aber jetzt erheblich gebessert. Es wurden 28 Mitglieder aufgenommen. Besprochen wurden die Lohnverhältnisse. In dieser Beziehung muß eine Besserung eintreten. Es ist aber in Zukunft mehr Einigkeit unter den Kollegen nötig. Auch die Unternehmer müßten einsehen, daß die Lage der Arbeiter keine gute genannt werden kann. Es wurde beschlossen, in den nächsten Wochen unverzüglich mit einer dementsprechenden Agitation einzusetzen. Unser muß der Erfolg sein.

Steinach. Am 28. Januar fand unsre Generalversammmlung statt. Die Versammlung war gut besucht. Zuerst erstattete der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Er betonte, daß unsre Zahlstelle seit dem 15. September bestehe. Doch wurden während dieser Zeit eine öffentliche, 7 Mitgliederversammlungen und 4 Vorstandssitzungen abgehalten. Durch eine rege Agitation, die von seiten der Vorstandschaft getrieben wurde, gelang es uns, unsre Mitgliederzahl von 50 auf 185 zu erhöhen. Zweitens wurde der Kassenbericht gegeben. Von den Revisoren wurde alles in bester Ordnung vorgefunden. Im Anschluß hieran erklärte der Vorsitzende, daß unser Gauleiter unsre erste Abrechnung als mustergültig bezeichnete. Es wurde hierauf dem Kassierer Luthardt Herzog Decharge erteilt. Dann wurde zur Vorstandswahl geschritten. Gewählt wurden die alten Funktionäre wieder. Die zu Ende geführte Urabstimmung ergab die Annahme der örtlichen Krankenunterstützung. Auf Antrag der Kollegen tritt sie mit dem 1. Februar d. J. in Kraft. Dann wurde auf die sachgemäße Ausfüllung der Statistiken hingewiesen und der letzte Punkt, Erläuterung der neuen Reichsversicherungsordnung, durch den Vorsitzenden auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung verwiesen.

St. Margrethen (Schweiz). Die Aussperrung dauert noch unverändert weiter, nur allerdings ist derart eine Aenderung eingetreten, daß den Steinmetzmeistern die Sache zu lange dauert und sie nicht mehr gewillt sind, wie bisher aus der eignen Tasche noch Gelder zu den Arbeitslöhnen zuzulegen. Sie haben ihre Taktik vollständig geändert und zahlen heute die Steinhauer nicht mehr, wie sie dementsprechend früher die Versprechungen gemacht haben. Jetzt haben die Unternehmer angefangen, energisch abzuziehen. Das gefällt selbst den Streikbrechern nicht, sie sehen, wie man sie betrogen hat. Und so sind denn auch bis heute schon einige Mann in die Pfalz zurückgereist, und, wie es solche Subjekte gewöhnlich machen, mit Hinterlassung von Kost- und Logisschulden. Wir haben es stets vorausgesagt, daß es so kommen werde, aber diese charakterlosen Gesellen wollten einfach als gemeine Streikbrecher gekennzeichnet sein.

Straßburg (Elsaß). Am 25. Januar tagte unsre diesjährige Generalversammlung. Zum 1. Punkt gab der Kassierer Schök den Kassenbericht des verflossenen Quartals. Danach betrugen die Ausgaben 763.90 Mark, denen eine Einnahme von 2063.15 Mark gegenüberstand. Der Gesamtkassenbestand am Schlusse des Jahres war 9920.82 Mark. Der Kassierer wurde entlastet. In seinem Jahresbericht gab der Vorsitzende Göhringer einen kurzen Rückblick über das vergangene Jahr. Er wies darauf hin, daß das verflossene Jahr durch den Abschluß eines vollständig neu aufgebauten Tarifvertrages ein besonders arbeitsreiches gewesen ist. Ernstliche Tarifstreitigkeiten hatten wir im vergangenen Jahre nur mit der Firma Schachenmühle. Durch Vermittlung des Herrn Bürgermeisters wurde der Streit in einer Schiedsgerichtssitzung zu unsern Gunsten erledigt. Kleinere Streitfälle konnten durch Vorstelligwerden des Vorsitzenden bei den betreffenden Firmen beigelegt werden. Die Mitgliederzahl hat sich stabil gehalten. Sie betrug am Schluß des Jahres 1910 264 Mitglieder, während wir heute noch 262 zu verzeichnen haben. Gestorben sind im letzten Jahre 8 Kollegen, ausgeschlossen mußten 2 Mitglieder werden. Im allgemeinen dürften wir mit dem Ergebnis des letzten Jahres zufrieden sein. Zu bedauern sei, daß die Werkzeugfrage ihre Erledigung noch nicht gefunden hat. Es wird Aufgabe des neugewählten Vorstandes sein, dieser Position des Tarifvertrages endlich einmal ihre volle Geltung zu verschaffen. Gauleiter Braun ergänzte den Bericht noch dahin, daß es im letzten Jahre gelungen sei, auch für die Marmorarbeiter einen Tarifvertrag abzuschließen, und zwar mit der Firma Schachenmühle. Wenn dieser Tarifvertrag den Kollegen der Marmorbranche auch keine nennenswerte Lohnerhöhung gebracht habe, so sei er um so höher zu bewerten, da mit ihm das wilde Akkordsystem beseitigt und eine geregelte Lohnzahlung eingeführt wurde. Die hierauf folgende Neuwahl der Ortsverwaltung ergab die Wiederwahl des alten Vorstandes, mit Ausnahme des Kollegen Hagenlocher, welcher abgelehnt hatte. Für ihn wurde der Kollege Joseph Schäfer als Beisitzer gewählt. Zu Punkt: Stellungnahme zur Gaukonferenz, wurde beschlossen, die Formulierung der Anträge auf die nächste Versammlung zu vertagen. Als Delegierte zur Gaukonferenz wurden die Kollegen Göhringer, Schäfer und Waldhart gewählt. Im Punkt Verschiedenes machte der Vorsitzende bekannt, daß in der heutigen Versammlung die Kontrollkarten für Versammlungsbesuch ausgegeben werden. Durch den immer mehr um sich greifenden Mißstand des Versammlungsschwänzens waren wir gezwungen, den örtlichen Krankenzuschuß neben einer genau geführten Statistik auch von dem Besuch von mindestens ¾ der Versammlungen abhängig zu machen. Das Verhalten der Unternehmer betreffs der Stellung des Werkzeugs wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Nachdem der Vorsitzende noch bekannt gegeben hatte, daß der Streik in St. Margarethen (Schweiz) immer noch fortdauere, und alle Nachrichten der bürgerlichen Blätter, wonach die Bewegung beendet sei, auf Unwahrheit beruhen, wurde um 10 Uhr die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Striegau. Am 7. Februar tagte in der Bierquelle in Gräben eine äußerst gutbesuchte Mitgliederversammlung. Nach der vom Kassierer gegebenen Abrechnung ist der Markenumsatz und der Mitgliederbestand gestiegen und wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Der wichtigste Verhandlungspunkt war unsre Lohnbewegung, worüber die Tarifkommission eingehend berichtete. Es wurde auch der Schriftwechsel, der zwischen der Kommission und den Arbeitgebern stattgefunden hat, bekannt gegeben. Die Zugeständnisse, die uns von seiten der Arbeitgeber gemacht wurden, riefen eine reichliche Aussprache hervor, an welcher sich auch der Zentralvorsitzende Kollege Starke beteiligte. Von seiten unsrer Kollegen wurde zwar anerkannt, daß eine Anzahl Positionen, wenn auch unzureichend, erhöht wurden, aber daß unsre Vorlage, welche die Flächen- und Gliederberechnung enthielt, von den Arbeitgebern gänzlich unberücksichtigt gelassen wurde, rief große Unzufriedenheit hervor. Der Zweck der Tarifkündigung war hauptsächlich der, um eine Umgestaltung unseres bisherigen Tarifs herbeizuführen, da er zum großen Teil unzulänglich war und daher viele Arbeiten, hauptsächlich Bau- und Denkmalsarbeiten, nicht nach Tarif berechnet werden konnten. Die Folge war, daß vielfach Differenzen ernster Natur ausbrachen, da auch keine Schiedsinstanz am Orte besteht. Eine solche zu schaffen, konnten sich auch bis jetzt die Arbeitgeber nicht bequemen. Das Diskussionsresultat war die Annahme einer Resolution, in welcher die Meinung der Versammlung zum Ausdruck kam. Nach Erledigung einer internen Angelegenheit, erreichte die Versammlung ihr Ende.

Ströbel. Am 4. Februar tagte in Erlichs Lokal unsre Generalversammlung, welche gut besucht war. Nach dem Bericht des Kassierers betrug die Einnahme 2393.18 Mk., die Ausgabe 846.57 Mk. Bleibt Bestand 1546.61 Mk. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Die Versammlung dankte dem Kollegen Heller für die peinliche Kassenführung. Es wurde beschlossen, unverzüglich eine Hausagitation einzuleiten, um dem nächsten Frühjahr, welches uns vielleicht Ueberraschungen bringt, gerüstet gegenüberzustehen. Nach einer kernigen Ansprache unsres Reichstagsabgeordneten Feldmann wurde die imponierende Versammlung geschlossen.

Wellerode. Die Firma Sieke scheint sich im Druck zu befinden. Sie kann nämlich ihre Arbeiter nicht so leicht überwältigen, wie sie gedacht hat. Die Polizei muß eintreten. Täglich bewachen drei bis vier Gendarmen die Arbeitswilligen, um die ausständigen Arbeiter einzuschüchtern. Die Steinarbeiter gehen immer mit derselben Disziplin ihre Wege und bleiben mit der größten Ruhe im Rahmen der Gesetzmäßigkeit. Die Hauptrolle, um Arbeitswillige anzuwerben, spielt der Gastwirt Dippel von Wattenbach. Alle organisierten Steinarbeiter mögen sich dieses Gebaren merken. Die ausländischen Arbeitswilligen verlassen den Betrieb immer wieder. Zu bedauern ist natürlich, daß einige ehemals organisierte Arbeiter Arbeitswilligendienste leisten. Die Namen der Herren sind: Johannes Klebe, Heinrich Klebe, Karl Klebe, Justus Klebe, sämtlich aus St. Ottilien, Nickel und Kewerling aus Quentel. Wir hoffen aber trotzdem noch einen Sieg zu erringen.

Weimar bei Kassel. Die Zahlstelle Dörnberg-Weimar besteht nun 1¼ Jahr. Unser Vorsitzender B. wurde aber gleich nach der Gründung der Zahlstelle entlassen. Er ist ein tüchtiger Arbeiter, dabei stets nüchtern, so daß er jederzeit als Muster hingestellt werden könnte. Beim Unternehmertum ist er schlecht angeschrieben. Warum? Nun, weil er seinen Mann für den Verband in uneigennütziger Weise gestellt hat. Kollege B. suchte und fand anderweitig Arbeit. Aber er wurde wieder entlassen, weil wahrscheinlich indirekte Einflüsse maßgebend waren, ihn brotlos zu machen. Es ist traurig genug, daß heutzutage ein Arbeiter von einem Ort zum andern gehetzt wird, im Zeitalter der so viel gerühmten Sozialpolitik ist das einfach beschämend.

Witten a. d. Ruhr. Die Verhandlungen mit der Firma Lüneburger u. Franzen sind abermals gescheitert. Die Firma stellt sich eben auf den Herrenstandpunkt, sie will den Zentralverband der Steinarbeiter nicht anerkennen. Die Herren erklärten den Steinmetzen, sie wollten selbst einen Tarif aufstellen, wie derselbe ausfällt, können wir uns ja denken. Jedenfalls haben wir die Ueberzeugung, daß diese Firma das Koalitionsrecht der Arbeiter ignoriert. Wir Steinarbeiter müssen unsre Konsequenzen daraus ziehen, alles muß aufgeboten werden, um unsre Rechte zu wahren. Jeder Kollege, der nach Witten a. d. Ruhr kommt, hat sich beim Kassierer Kollegen Loosen, Augustastraße 27, zu melden. — Die Hauptschuld an dem Scheitern der Sache hat Herr Bauführer Deist.

Weißenstadt (Oberfranken). Am 28. Januar tagte in Jahns Lokal unsre Generalversammlung mit Neuwahl. Zum 1. Punkt gab der Vorsitzende Kießling den Bericht über die Tätigkeit der Zahlstelle. Wegen der Tarifbewegung gab es sehr viel Arbeit. Auch der Normaltarif wurde zur Anerkennung gebracht. Bei der Firma Kleemann wurde der Tarif gekündigt, konnte aber nicht erneuert werden, weil unterdessen das Geschäft liquidiert hat. Das wurde auch von den Anwesenden anerkannt und somit die Verwaltung der Schuld enthoben. Dann gab der Kassierer Müller den Bericht vom 4. Quartal. Er wurde entlastet und es wurde ihm auch attestiert, daß er es sehr peinlich nimmt mit der Kassenführung. Müller führt Klage, daß die Kollegen die Platzkassierer nicht unterstützen, indem sie ihre Beiträge nicht regelmäßig bezahlen. Die Neuwahl ergab folgendes Resultat: Heinr. Kießling, 1. Vorsitzender; Johann Ruckdäschel, 2. Vorsitzender; Christian Müller, Kassierer und Johann Renger, Schriftführer. Als Revisoren wurden gewählt: Lorenz Müller, Christian Gesell und als Statistiker Kollege Schobert. Letzterer führt Klage, daß im verflossenen Jahre die Kollegen ihre Statistik recht mangelhaft ausfüllten und er legte allen Anwesenden ans Herz, in jetziger Zeit mehr für Verbandsinteressen zu sorgen. Der Vorsitzende Kießling ermahnte die Kollegen, ihre Kraft nochmals einzusetzen, damit wir den letzten Mann noch gewinnen. Große Genugtuung löste es aus, daß unser Wahlkreis erstmalig durch einen Sozialdemokraten vertreten wird. Die Steinarbeiter unsrer Gegend haben „gut" gewählt.

Zwickau. In einer am 10. Februar tagenden Versammlung gab der Vertreter zur Tarifkommission, Kollege Nötzold, den Bericht über die letzten Verhandlungen. Nach einer Aussprache wird die Annahme des „Normaltarifs" akzeptiert. Der Minimalsatz für Tagelohn soll in der von den Arbeitgebern schon bewilligten Weise, und zwar pro Stunde 70 Pfg., beibehalten werden. Ueber die Beschickung der am 17. März in Dresden geplanten Gaukonferenz wird in der nächsten Versammlung geredet. Um der jetzt allgemein am hiesigen Orte bestehenden Arbeitslosigkeit etwas zu steuern, hat der Vorstand der Zahlstelle eine Eingabe an den Rat der Stadt Zwickau gerichtet, daß die Ausschreibung der Steinmetzarbeiten zu dem zu errichtenden Albert-Museum beschleunigt werden sollen. Dieses findet allgemeine Zustimmung der Versammlung.

Rundschau.

Kreuzer †. In seinem Heimatsort Weißenstadt (Oberfranken) starb am 11. Februar der Schleifereibesitzer W. Kreuzer im Alter von 57 Jahren. K. betrieb sein Syenitwerk in Bensheim und beschäftigte über 200 Arbeiter. Kreuzer wanderte vor etwa 30 Jahren als Steinmetz in Lindenfels (Odenwald) ein und wurde dabei auf die Güte des Syenits aufmerksam gemacht. Es gelang ihm, mit seinem Landsmann Böhringer einige Berliner Firmen für den Odenwaldsyenit zu interessieren und der Hauptbetrieb in Lindenfels konnte schnell recht umfangreich gestaltet werden. Der Verstorbene unterdrückte alle Organisationsbestrebungen seiner Arbeiter. Weil sich vor sieben Jahren die Kollegen herausnahmen, unserm Verbande beizutreten, inszenierte Kreuzer eine zwölfwöchige Aussperrung. Und während der letzten Jahre hat der Verstorbene alles getan, um den Arbeitern das Koalitionsrecht illusorisch zu machen. Mit seinen Maßnahmen hat er unter die Bevölkerung des Bensheimer Tales ein großes Maß von Erbitterung und Aufregung getragen. Wenn es ihm gelang, bis jetzt unsern Verband unterdrücken zu können, so nur deshalb, weil es sich meist um ansässige Arbeiter handelt, welche sich

immerhin leichter einschüchtern lassen. — **Kreuzer** trennte sich im Jahre 1909 von seinem Kompagnon Böhringer; letzterer behielt das Hauptgeschäft in Lindenfels. Kreuzers Tod erregte in Weißenstadt allgemeines Aufsehen. Er hatte erst vor fünf Wochen den Witwerstand aufgegeben und ließ sich mit einer jüngeren Dame trauen. — Wie man vernimmt, hatte Kreuzer in Weißenstadt erst kürzlich ein Grundstück erworben, er war gewillt, im Fichtelgebirge ebenfalls einen Schleifereibetrieb zu errichten.

Hundertmillionen-Unternehmungen. Das sechzehnte deutsche Hundertmillionen-Unternehmen wurde geboren! Es ist der Barmer Bankverein, er erhöht sein Aktienkapital um 25, also auf 100 Mill. Mark. Als ihm nahestehendes Bankinstitut ist die Diskontogesellschaft, die 200 Millionen Mark Aktienkapital besitzt, zu betrachten. In Deutschland zählt man nach dem „Vorwärts" vom 13. Dezember 1911 folgende Hundertmillionen-Unternehmen:

	Mill.		Mill.
Deutsche Bank	200	Friedrich Krupp . . .	180
Dresdner Bank	200	Gelsenkirch. Bergw.-A.-G.	180
Diskontogesellschaft . . .	200	Phönix	106
Reichsbank	180	Deutsch-Luxb. Bergw.-A.G.	100
Darmstädter Bank	160	Hamburg-Amerika-Linie .	125
Schaaffhausensch. Bankverein	145	Norddeutscher Lloyd . .	125
Berliner Handelsgesellschaft	110	Große Berliner Straßenb.	100,08
Barmer Bankverein . . .	100	Allg. Elektrizit.-Gesellsch.	130

Wer Altersrente verlangt, muß nicht nur 70 Jahre alt sein, er muß auch die nötigen Marken geklebt haben; sonst bekommt er keine Altersrente. Die Versicherten, die im Laufe des Jahres 1912 ihr 70. Lebensjahr vollenden, **müssen Marken geklebt haben, wenn sie nach Eintritt in die Versicherung beschäftigt waren:**

1. als Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Dienstboten, Handlungsgehilfen, Betriebsbeamte . . . . . 840—880
2. als Hausgewerbetreibende der Tabakfabrikation . . 800—840
3. als Hausgewerbetreibende der Textilindustrie mit Versicherungspflicht vom Jahre 1894 . . . . . 694—734
4. als Hausgewerbetreibende der Textilindustrie mit Versicherungspflicht vom Jahre 1896 . . . . . 640—680
5. als Lehrer, Lehrerinnen, Erzieher, Gesellschafterinnen, sonstige Angestellte, deren dienstliche Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet und dergleichen . . . . . 480—520
6. als Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken, Bühnen- und Orchester-Mitglieder, die am 1. Januar 1912 versicherungspflichtig wurden . . . . . 1—40

Für unsre Kollegen kommt der Markensatz unter Ziffer 1 in Betracht.

Die Eiserfelder Steinwerke an der Sieg erhöhen ihr Aktienkapital von 1 300 000 Mk. auf 2 Millionen Mark. Die Basaltwerke müssen nicht schlecht rentieren, wenn die Werke immer vergrößert werden.

Eine Friedhofskunstausstellung findet im Sommer in Ohlsdorf bei Hamburg statt. Hervorragende Hamburger Künstler haben bereits ihre Beteiligung zugesagt.

Das Münchner Straßenpflaster. Die bayrische Hauptstadt hat in den letzten Jahren sehr viel für die Ausgestaltung des Straßenbauwesens getan. München weist nach der Art der Pflasterung folgende Straßenflächen auf: Es sind befestigt mit Haustein 1 751 774, mit Kleinstein 363 400, mit Kieselstein 5702, mit Klinkerstein 354, mit Holz 28 872, mit Asphalt 341 300, mit Kunststein 1450 und mit Basaltzementstein 3142, **im ganzen 2 496 000 Quadratmeter.**

Für das sozialdemokratische Bildungssekretariat in Leipzig, das am 1. April 1912 eingerichtet werden soll, wird ein Sekretär gesucht. Der Anzustellende muß die Bildungsbestrebungen der Partei kennen und die Verwaltungsgeschäfte führen. Parteigenossen, die diesen Anforderungen genügen und auf die Stelle reflektieren, wollen ihre Bewerbungen mit Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit bis zum 20. Februar an den Bezirkssekretär Karl Schrörs, Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, einreichen. Die Anstellungsbedingungen sind die des Vereins Arbeiterpresse.

Tödlich verunglückt. Im Betriebe der Firma Göbiges u. Söhne in Saupersdorf (Sachsen) verunglückte kürzlich ein Steinarbeiter tödlich. Infolge des Tauwetters löste sich ein Stein vom Felsen und unserm Kollegen wurde die Schädeldecke eingeschlagen. — Die Arbeiter sind der Meinung, daß der Felsen nicht vorschriftsmäßig abgedeckt war. Die Gerichtsuntersuchung wird das nötige ergeben.

Viel Unglück. Im Steinbruch Oberndorf bei Abbach (Niederbayern) wurde der Steinbrucharbeiter Sebastian Brunner durch einen sich vorzeitig entladenden Schuß im ganzen Gesicht und an den beiden Händen gräßlich zugerichtet. Ein Sohn des Verunglückten wurde vor längerer Zeit in einem Steinbruche erschlagen.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 5. bis mit 10. Februar 1912.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)

Tiefengruben, B. 0.90. Lüben, B. 1.05. Mörsfeld, B. 1.40. Hohensalza, B. 1.80. Jarmen, B. 3.—. Elmshorn, B. 3.70. Rotenburg, B. 4.80. Allstedt, B. 4.20. Rotenburg, B. 4.80. Nienburg, B. 5.60. Schwarzenbach, Ins. 8.40. Berneck, Ins. 6.40. Jannowitz, Ins. 2.—. Chemnitz, B. 250.—, E. 3.—, K. 10.20. Göttingen, B. 63.—, K. 16.50. Holenberg, B. 106.96, K. 5.90, M. 0.30. Hoof, B. 31.50, K. 0.75. Arnsdorf-Königshain, B. 195.—. Kürnbach, B. 78.65, E. 0.50, K. 16.85. Kindisch, B. 90.80, E. 7.—. Pirmasens, B. 8.40, K. 0.20. Sebnitz, B. 10.50, K. 0.50. Saalburg, B. 305.92, E. 28.50. Westerode, B. 1.86, E. 2.50. Straßburg, B. 750.—. Rammelsbach, B. 222.—. Cassel, 48.—. Setzdorf, Ins. 2.40. Görlitz, Ins. 2.80. Andlau, B. 64.—, K. 0.10. Adelebsen, B. 208.—. Bielefeld, B. 7.54, K. 2.90, Div. 17.63. Schmalkalden, B. 16.50. Langenaltheim, B. 6.30, K. 1.20. Treuchtlingen, B. 121.20, E. 10.—, K. 2.40, M. 1.40. Wulsdorf, B. 6.50, K. 0.25. Husum, B. 2.40. Ortrand, B. 1.40. Guben, B. 2.60. Zittau, B. 4.80. Droyßig, B. 4.90. Münster, B. 6.10. Adorf, B. 9.—. Dol Boufice, B. 1.20. Lübbecke, B. 17.60. Grüna, Ins. 69.09. Jena, Ins. 2.40. Hardersleben, Ins. 2.80. Dossenheim, B. 4.20, K. 0.10, M. 0.80, Div. 9.69. Hochstetten, B. 3.94, E. 2.—, K. 0.20, Div. 59.65. Rottenbauer, 4.50. Treuchtlingen, 8.25.

Ludwig Geist, Kassierer.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Ludwig Geist, Leipzig, Zeitzer Straße 32, IV., zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, für was das Geld bestimmt ist.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Bunzlau. Johann Schaeder, Deine Effekten liegen bei der Staatsanwaltschaft in Liegnitz. Setze Dich mit dieser Behörde in Verbiudnng. Die Ortsverwaltung.

Lutter a. B. Den zureisenden Kollegen diene zur Kenntnis, daß sie, bevor sie um Arbeit anfragen, sich bei der Ortsverwaltung melden müssen.

Adressen-Aenderungen.

Hannover. Vors.: Gustav Tabor, Hann.-Stöcken, Leinhäuser Straße 26. Kass.: Melchior Förster, Limmer, Erhardstraße 6.

Kaiserhammer. Vors.: Johann Windhagen. Kass.: Johann Franz.

Andlau (Elsaß). Vors.: Georg Fuggenthaler, Hasselgasse.

Kleinheubach. Kass.: Jakob Leonhardt.

Kottenheim. Kass.: Joh. Zimmermann, Ettringer Straße 9.

Löbau. Das Fremdengeschenk für Löbau wird auf Platz Klooß, Inhaber E. Reichelt, von 8 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags ausgezahlt, sonst in der Wohnung des Kassierers.

Briefkasten.

J. L. in Kl. Können wir nicht besorgen. Warum wird das Formular nicht anderweitig in Druck gegeben? — **T. in D.** Wenn wir die Monteurangelegenheit, welche sich als haltlos erwies, weglassen, dann ist im Bericht nichts von Belang enthalten. — **Kleinsteinberg.** Warum denn erst prozessieren. Die Gerichtskosten werden in solchen Fällen enorme. Wir raten, die Sache ruhen zu lassen. — **N.** Wird abgelehnt. — **Dr.** War ja gut geschrieben, aber es wurden viel zu unbedeutende Details erörtert. Besten Gruß! — **M.** Daß der Artikel recht verschnupft hat, glauben wir. Die Veröffentlichung hat somit ihren Zweck vollständig erfüllt. — **Og.** Solche Sachen macht man auf eigenes Risiko hin. A bisl mehr Schneid entwickeln könnt nöt schad'n. — **J.** Schon die Ankündigung ist erfreulich. Besten Dank! — **S.** Es kommt § 133a der Gewerbeordnung in Frage. Allerdings unter der Voraussetzung, daß andere Abmachungen nicht getroffen sind. — **R.** Der Widerstand konnte eben doch noch gebrochen werden. Besten Gruß! — **Tr.** War zu unbedeutend.

*

☛ Einige Berichte und Artikel mußten wegen Raummangel zurückgestellt werden.

Zur Beachtung!

Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitsuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.

Anzeigen

Berlin.

Mittwoch, den 21. Februar, abends 7 Uhr

Mitglieder-Versammlung

für den Bezirk Weißensee

im **Prälaten,** Weißensee, Berliner Allee, Ecke Lehder Str.

Tagesordnung: 1. **Vortrag** des Genossen Bachmann über: **Gegen die Lebensmittelverteuerung.** 2. Neuwahl des Bezirksleiters. 3. Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung sind sämtliche in Weißensee arbeitenden oder wohnhaften Kollegen, auch die der Grabsteinbranche, eingeladen.

Montag, den 26. Februar, abends 6½ Uhr

Versammlung

aller in der Grabsteinbranche beschäftigten Steinarbeiter

im **Englischen Garten,** Alexanderstraße 27c.

Tagesordnung:

Rechte und Pflichten eines Saisonarbeiters.

Jeder in der Grabsteinbranche beschäftigte Kollege ist verpflichtet, an dieser wichtigen Versammlung teilzunehmen.

Die Ortsverwaltung.

Gau-Konferenz für den 1. Gau (Berlin)

am **Sonntag, den 24. März,** vorm. 10½ Uhr, in **Posen, Restaurant Schweizertal** (Herr Kaspszak), Kronprinzenstr. 104.

Tagesordnung: 1. Bericht der Gauleitung; 2. Organisation und Agitation (Referent: Kollege O. Hanschke); 3. Tarifwesen. 4. Streiks und Lohnbewegungen (Referent: Christ. Ohngemach); 5. Verschiedenes.

Die Zahlstellen werden ersucht, Stellung zur Konferenz zu nehmen und eventuelle Anträge an den Unterzeichneten einzusenden. Jede Zahlstelle bezw. Sektion einer solchen hat das Recht, drei Delegierte zu entsenden; jedoch kann Anspruch auf Entschädigung nur für einen Delegierten erhoben werden.

Wir erwarten, daß jede Zahlstelle auf der Konferenz vertreten ist.

Die Gauleitung. J. A.: L. Sieben, Berlin N. 113 Schivelbeiner Straße 17, III.

Gau-Konferenz für den 2. Gau (Striegau).

Die Gauleitung beruft die **Gau-Konferenz** auf **Sonntag, den 10. März,** vormittags 11 Uhr, nach **Liegnitz, Gewerkschaftshaus,** mit folgender Tagesordnung ein: 1. Bericht des Gauleiters; 2. Tarifwesen und Lohnbewegungen; 3. Agitation und Organisation; 4. Stellungnahme zum Verbandstag.

Die Zahlstellen werden ersucht, Stellung zur Konferenz zu nehmen. Anträge sind bis zum 8. März an Unterzeichneten einzusenden. Zahlstellen bis zu hundert Mitgliedern senden einen Delegierten, auf ein weiteres angefangenes Hundert kommt ein Delegierter mehr. — Wir erwarten, daß jede Zahlstelle auf der Konferenz vertreten ist. Die Delegationskosten trägt jede Zahlstelle selbst.

J. A.: K. Daubenthaler.

Gau-Konferenz im 6. Gau (Hannover).

Sonntag, den 10. März, vormittags Punkt 11 Uhr, findet im **Gewerkschaftshaus** zu **Hannover** unsere **Gau-Konferenz** statt.

Tagesordnung: 1. Bericht des Gauleiters; 2. Ueber die Taktik bei Streiks und Lohnbewegungen; 3. Agitation; 4. Stellungnahme zum Verbandstag.

Die Zahlstellen werden ersucht, sofort zur Konferenz Stellung zu nehmen. Anträge sind bis zum 3. März an die Gauleitung einzusenden. — Die Zahlstellen tragen die Kosten der Delegation selbst. Die Zahlstellen Adelebsen, Dörnberg-Weimar und Gommern können mehr als einen Delegierten senden, jedoch nicht über drei. Die Kassenbücher sind mitzubringen.

Die Gauleitung. J. A.: Paul Biewig.

Gau-Konferenz im 7. Gau (Köln).

Am **Sonntag, den 7.,** und **Montag, den 8. April** (erster und zweiter Osterfeiertag), nachmittags 2 Uhr, findet im **Volkshaus** zu **Köln,** Severinstr. 199, unsere **Gau-Konferenz** statt.

Tagesordnung: 1. Bericht der Gauleitung; 2. Agitation und Organisation; 3. Die Durchführung der Bundesratsverordnung; 4. Stellungnahme zum Verbandstag; 5. Verschiedenes.

Die Zahlstellen des Gaues werden ersucht, zu der Konferenz Stellung zu nehmen und die Wahl von Delegierten vorzunehmen. Aus der Ortskasse sind die Kosten der Delegation zu bestreiten. Den neugegründeten Zahlstellen kann ein Zuschuß gewährt werden. Die Namen der gewählten Delegierten sowie eventuelle Anträge sind mir bis 1. April mitzuteilen.

Die Gauleitung. J. A.: Adolf Herrmann.

Schürzen Hausmacherleinen, 100 und 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Jacketts, Leder- und Buckskin-Hosen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert

Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung

Eigene Anfertigung.

Hamburg 6, ☛ **jetzt Bartelsstrasse 93.**

Zehn tüchtige Steinhauer

für Granit- und Syenit finden dauernde Beschäftigung bei

Syenit- u. Granitwerke vorm. Merz & Co., G. m. b. H.

Gross-Bieberau (Odenwald).

Gau-Konferenz im 8. Gau (Mannheim).

Samstag, den 9., und **Sonntag, den 10. März,** nachmittags 1 Uhr, findet auf Beschluß der Gauleitung die diesjährige **Gau-Konferenz** im **Gewerkschaftshaus** zu **Mannheim** statt.

Tagesordnung: 1. Wahl des Bureaus und sonstiger geschäftlicher Angelegenheiten; 2. Bericht des Gauleiters; 3. Organisation (Referat); 4. Agitation (Referat); 5. Lohnbewegungen und Tarifverträge; 6. Verschiedenes.

An die Zahlstellen richten wir daher das Ersuchen, zu vorstehender Tagesordnung sowie zur Konferenz überhaupt Stellung zu nehmen. Die Kosten für die Delegation tragen die Zahlstellen selbst. — Eventuelle Anträge der Zahlstellen sind schriftlich an die Gauleitung einzusenden, ebenso ersuchen wir, uns die Zahl der Delegierten bis zum 29. Februar mitteilen zu wollen. Zur näheren Orientierung erhalten die Zahlstellen umgehend den gedruckten Jahresbericht zugesandt.

Die Gauleitung. J. A.: Franz Sarfert.

Steinarbeiter von Meißen II u. Umg.

Sonnabend, den 24. Februar, von abends 6 Uhr an

Familien-Abend

im Gasthof zu Nieschütz

bestehend in **Konzert und Ball,** unter Mitwirkung von **vier Gesangs-Humoristen.** Die **Verlosung** beginnt um 12 Uhr.

Das Komitee.

Albert Baumann

Werkzeugfabrik und Härtewerk

Aue (Erzgebirge) 16

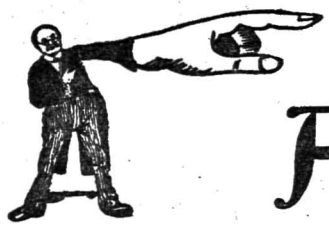
Preisliste

über alle

Steinmetz-Geschirre

versende **gratis!**

☛ Lieferung sofort. ☚



Die besten Arbeiter-

Hosen, Westen, Jacketts, blaue Jacken, Unterhosen, Pelerinen, Lodenjoppen, Kindermäntel und Ulster. Stoffanzüge nach Maass, erhalten Sie in der Kleiderfabrik von

Ernst Wünsche in Neugersdorf (Sachsen) 19.

Fabrik-Niederlage Oberkauffung a. d. Katzbach.

Vertreter Paul Derrlinger, Gräben b. Striegau Nr. 25

☛ Garantie für tadellosen Sitz. Billigste Preise. ☚

Schrifthauer

auch in Verzierung bewandert, stellt sofort ein

P. Heise, Brandenburg a. H., Kirchhof 36.

NB. Der Steinmetz Peter Nürmberg möchte mir seinen jetzigen Aufenthalt mitteilen.

Mehrere Pflastersteinschläger

bei guten Akkordsätzen werden sofort eingestellt.

Schwerzer Quarz-Porphyr-Werke

Station Niemberg bei Halle a. S.

Tüchtiger Schleifer

welcher gute Politur liefert, für sofort gesucht.

H. Conradus, Granitwerk, **Jena.**

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden).

In **Breslau** am 10. Februar der Kollege **Franz Brosig,** 33 Jahre alt, an der Berufskrankheit.

In **Crawinkel** am 9. Februar der Kollege **Johann Olivier,** 31 Jahre alt, an der Berufskrankheit.

In **Demitz-Thumitz** am 6. Februar der Kollege **Adolf Henke,** 37 Jahre alt.

In **Gommern** am 7. Februar der Kollege **Friedrich Keller,** 50 Jahre alt, an der Berufskrankheit.

In **Kirchheim** am 6. Februar der Kollege **D. Basilio,** 52 Jahre alt, an Herzschlag.

In **Rosendorf** am 2. Februar der Kollege **Franz Seidel,** 52 Jahre alt, an Herzlähmung.

In **Wehlen** am 5. Februar der Kollege **Max Zeidler,** 35 Jahre alt, an der Berufskrankheit.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 7. Sonnabend, den 17. Februar 1912. 16. Jahrgang.

Natürliche und unnatürliche Arbeiterfeinde nach den Reichstagswahlen.

Verklungen und verweht sind nun all die duftenden Verleumdungen, mit denen man glaubte den Vormarsch der sozialdemokratischen Volksbewegung bei der Reichstagswahl verhindern zu können. Nichts mehr von der angeblichen Religionsfeindschaft der Sozialdemokratie, nichts mehr über „Vaterlandsverrat“ und „Antinationalität“. Dafür besehen sich unsre Gegner nun die Sachlage, wie sie der Aufmarsch der 4¼ Millionen sozialdemokratischer Wählerstimmen und der Einzug von 110 roten Volksmännern in den Reichstag geschaffen hat.

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ hält in einem Artikel „Zur Lage“ im Hauptblatt ihrer Nummer 4 vom 28. Januar 1912) wenig von dem mageren Trostspruch jener Elemente, die da zu erklären nicht müde werden, „daß es erst noch viel schlimmer kommen müsse, ehe es besser werden könne“. Das Blatt meint dann:

„In Wahrheit ist es so schlimm gekommen, wie es überhaupt nur kommen konnte. Aber die erhoffte rettende Katastrophe bleibt aus; wird aller Wahrscheinlichkeit nach noch recht lange ausbleiben. In der Zwischenzeit aber dürfte sich so manches ereignen, was jenen Trostspendern, was vor allem dem deutschen Unternehmertum so peinlich wie nur möglich ist. Schon heute wissen wir, um nur ein einzelnes Beispiel anzuführen, daß von der so sehnlich erhofften Vermehrung des Schutzes der Arbeitswilligen keine Rede mehr sein wird. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat die Erklärung abgegeben, daß die Berliner Regierung „gegen Ausnahmegesetze“ sei.“

Das Unternehmerblatt quält sich dann ab, den geängsteten „Arbeitgebern“ und der Regierung einzureden, daß ein Ausnahmegesetz „zum Schutze der Arbeitswilligen“ eben doch kein Ausnahmegesetz sei. Ohne viel Hoffnung, denn es heißt weiter:

„Aber es ist völlig unnötig, sich mit solchen Begriffsdefinitionen überhaupt abzuquälen: der zitierte offiziöse Einwand ist eben lediglich als Ausfluß des ängstlichen Bemühens anzusehen, sich von vornherein in die kommende Aera einer Politik der Konzessionen gegenüber der Viermillionenpartei einzuleben, die uns noch ganz andre Ueberraschungen bescheren wird, als etwa die behördliche Preisgabe des Rechts der sozialpolitisch Schwächeren auf die Inschutznahme ihrer Interessen gegenüber den sozialpolitisch Stärkeren, nämlich den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern. Die Etablierung der sozialdemokratischen Fraktion als maßgebende Instanz der Gesetzgebung wird des ferneren auch der weiteren Vermehrung ihres Einflusses auf die breite Masse um so mehr zum Vorteil gereichen, als die mit ihrer Hilfe bewirkte Konstruktion neuer sozialpolitischer Gesetze jeder Art der sozialdemokratischen Klientel den denkbar besten Beweis dafür liefert, daß sie ihre Sache guten Händen anvertraut hat. Welchem Ziele eine solche Entwicklung schließlich zusteuern muß, wenn derart die Herrschaft der Roten erst unter freundwilliger Duldung der leitenden Kreise vollkommen stabilisiert worden ist, das mag dahingestellt bleiben.“

„Der rechte Augenblick ward verpaßt!“, das ist der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ die „Quintessenz“ ihrer Wahlbetrachtung. Wenn nun die Welt derart grau wie der Himmel vor dem großkapitalistischen Unternehmertum liegt, dann können die Arbeiter und besonders auch die Gewerkschafter die Dinge ja schon rosig sehen. „Wat dem enen sin Uhl, is dem annern sin Nachtigall!“, sagt der Mecklenburger Fritz Reuter.

In der folgenden Nummer 5 vom 4. Februar 1912 spinnt das Berliner Unternehmerblatt den Faden noch weiter. Es ist sehr bezeichnend, daß es die sozialpolitischen Tagesfragen sind, die dem Blatt beim neuen Reichstag eine große „Gefahr“ sehen läßt. Das Unternehmerblatt sucht die „verrannten Parteidoktrinäre“ unter den Liberalen mit den sozialpolitischen Forderungen der Sozialdemokraten zu schrecken, es sieht „das Geschick der nationalen Gesamtheit (muß heißen: der Ausbeuter„gesamtheit“) auf das ärgste bedroht, wenn nicht zu „entschiedenster Bekämpfung solcher gesetzgeberischer Projekte“ und zur Einigung der „Bürgerlichen“ gegen die Sozialdemokratie geschritten werde:

„Die Sozialdemokratie fordert: Sicherung des Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrechts für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten. Errichtung eines Reichsarbeitsamtes, von Arbeitsämtern und Arbeiterkammern. Wahl der Beisitzer durch die Interessenten auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts. Ausbau der Gewerbeinspektion durch Hinzuziehung von Arbeitern und Arbeiterinnen als Hilfsorgane. Gesetzlich festgelegter Normalarbeitstag von acht Stunden. Weitere Verkürzung der Arbeitszeit in gesundheitsschädlichen Betrieben. Reform der Arbeiterversicherung. Aufhebung der Benachteiligung der ländlichen Arbeiter und Dienstboten. Direkte Wahl der Vertreter, Erweiterung der Rechte der Arbeiter in den Vertretungskörpern, Erhöhung der Leistungen, Herabsetzung des Alters für den Bezug der Altersrente von dem 70. auf das 65. Lebensjahr, auskömmliche Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung, Stillprämien und unentgeltliche Hebammen- und Arzthilfe.“

Das also sind die Forderungen, die dem Berliner Unternehmerblatt nun, da 110 Sozialdemokraten in den Reichstag eingekehrt sind, solch Gruseln verursachen!

Unsre unnatürlichen Gegner, die aus dem zentrumschristlichen Lager, haben sich ja, besonders im Westen Deutschlands, in brünstigem Liebeswerben dem Großkapital an den Hals geworfen. Christliche Führer taten in Bochum schier Uebermenschliches und Ueberchristliches, um den bewährten Verfechter der Interessen der Berg- und Hüttenleute, den Genossen Hué, zu verdrängen und dafür mittels dreier in eine Kirche gesetzter Kothaufen einen Mann in den Reichstag zu bringen, der, wie selbst christliche Gewerkschaftsblätter berichtet haben, früher zum Streikbruch aufgefordert und auch selbst Streikbruch verübt hat! Diese Tatsachen müssen den christlichen Arbeitern im Lande bekannt werden. Die zentrumschristlichen Macher, denen es ja verboten ist, im Arbeiterinteresse gegen das Interesse der Junker und Kapitalisten zu wirken, haben sich gedacht, daß ihre eigenen großen Tat- und Unterlassungssünden geringer scheinen würden, wenn sie verhinderten, daß die sozialdemokratischen Vertreter im Interesse des breiten Volkes wirken können. Daß dies ein arger Trugschluß war, wird ja die Zeit noch weiter lehren.

Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ in M.-Gladbach, das Sammelbecken des Gewerkschaftschristentums, erwähnt (in ihrer Nummer 5 vom 3. Februar 1912) auch bereits die „bange Frage“, die „angesichts des sozialdemokratischen Wahlsieges auch manchem Zentrumswähler auf die Lippen“ gekommen sei: „Wohin soll das führen!“

Das verbissen klerikale Blatt hat nur eine verlogene und zugleich ulkige Antwort. Vor der Wahl konnte man in den zentrumschristlichen Blättern doch so oft lesen, wie man der Sozialdemokratie „ihre Stellung zur Reichsversicherungsordnung um die Ohren schlagen“ wolle und dergleichen. Nun können die Leutchen selbst ordentlich Trübsal blasen. Hören wir die „Trost“gründe der M.-Gladbacherin:

„Nur ruhig Blut. Die Welt wird schon wieder vernünftig werden. Nur nicht erlahmen in der systematischen Aufklärungsarbeit im Volke. Wer es heute ehrlich mit unserm Volke meint, der arbeite rüstig weiter, es zu politischer Reife und Verantwortlichkeit zu erziehen, statt vom heutigen Zustande der Unreife die wildesten Konsequenzen zu ziehen. Die rote Flutwelle von heute ebbt wieder zurück. Gewiß, zunächst bekommen die bürgerlichen Parteien allesamt den Uebermut der Sieger zu kosten. Was die Sozialdemokratie neuerdings unter so eigenartigen Umständen erobert hat, wird neue Begeisterung und Kampfesmut in den roten Heerscharen auslösen, wird das Riesenheer weiterhin beleben und angriffslustig machen. Das werden insbesondere die christlich organisierten Arbeiter spüren.“

Die Bestürzung der christlichen Arbeiter, die den Zentrumsführern bis annoch nachliefen, guckt ja deutlich aus diesen Worten. Mit dem „Wiederabebben“ der „roten Flut“ haben sich die Arbeiterfeinde nun seit der Attentatszeit regelmäßig zu trösten gesucht, aber es kam immer anders. Die Flut stieg weiter! Und sie wird weiter steigen!

110 Abgeordnete im Reichstag und 4¼ Millionen Wähler im Lande werden dafür sorgen.

Bedeutung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung für die arbeitende Bevölkerung.

Die organisierte Arbeiterschaft hat in ihrer Mehrheit schon längst die soziale Bedeutung der Arbeitslosenunterstützung anerkannt. Zirka 2 Millionen organisierter Arbeiter gelangten auf dem Wege der Selbsthilfe zur Arbeitslosenversicherung. Nur eine kleine Minderheit ist noch nicht in den Genuß der Arbeitslosenversicherungs-Unterstützung gekommen.

In der Zeit von 1903—1909 zahlten allein die Gewerkschaften, die eine Arbeitslosenunterstützung eingeführt hatten, rund 35 Millionen Mark Unterstützung. Welche Masse von Not und Elend konnte durch diese Summe abgewandt werden. Es war auf alle Fälle eine Unterstützung, die sie über die größte Not hinweghalf. Speziell unter den Steinarbeitern gibt es noch einen großen Teil von Kollegen, die sich mit der Einführung einer Arbeitslosenunterstützung, sei es auf örtlichem oder zentralem Wege, nicht befreunden können. Bei einer großen Anzahl heißt es, wir wollen Kampfesorganisation bleiben, nicht aber zu einer Unterstützungsmaschine herabsinken. Dieselben Argumente holten die Kollegen bei Einführung der Krankenunterstützung hervor, aber zum Glück blieben sie in der Minderheit. Ich glaube kaum, daß, wenn heute diese Unterstützung, trotzdem für ihre Sätze niedrig sind, wie der in den Orkus verschwinden sollte, die Kollegen damit einverstanden wären. Daß der Kampf gegen das Unternehmertum darunter leidet, kann nur derjenige behaupten, der die großen Kämpfe nicht beobachtet, überhaupt mit der Gewerkschaftsbewegung nicht fort lebt. (Eine solche Behauptung hat überdies noch niemand aufgestellt. Red.) Wir brauchen doch nur unsern eignen Verband ins Auge zu fassen, da sehen wir doch sehr deutlich, daß trotz Einführung von Unterstützungen der Kampscharakter der Organisation nicht geschwächt wurde. Im Gegenteil sind die Ausgaben für Streiks von Jahr zu Jahr ganz erheblich gestiegen. Auch für den Steinarbeiterverband wird es nur noch eine Frage der Zeit sein, die Arbeitslosenunterstützung für die Mitglieder einzuführen. Früher wurde von einem Teil Kollegen in den Bruchgebieten behauptet, daß nur die Kollegen in den Großstädten einen Vorteil von dieser Unterstützung hätten, und aus diesem Grunde wäre es nicht möglich, von den Mitgliedern höhere Beiträge zu fordern. Die damalige Auffassung zeugte von sehr wenig sozialem Empfinden der Kollegen. Heute haben sich die Verhältnisse aber bedeutend verschoben. Nicht nur in den Städten ist große Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, sondern auch oft in allen Bruchgebieten. Sei es in Sandstein, Granit, Marmor oder Kalkstein, überall ist das Gespenst der Arbeitslosigkeit als Gefolge der kapitalistischen Wirtschaftsweise eingezogen mit ihrer Not und ihrem Elend für die davon betroffenen Arbeiter. Die heutige Gesellschaft glaubt sich nicht verpflichtet, Abhilfe zu schaffen. Die zur unfreiwilligen Arbeitslosigkeit verurteilten Arbeiter und Arbeiterinnen sind durchaus gewillt, sich und ihre Angehörigen durch ihrer Hände Arbeit zu ernähren. Doch ihr guter Wille nützt ihnen nichts, wenn ihnen die Arbeit infolge der ungeordneten planlosen Wirtschaftsweise der kapitalistischen Gesellschaft vorenthalten wird. Die in den Zeiten hoher Arbeitslosigkeit von den Gemeinden und vom Staat veranstalteten Notstandsarbeiten sind zumeist so geartet, daß nur einzelne Berufe hierbei in Frage kommen. Dem einzelnen, von längerer unverschuldeter Arbeitslosigkeit betroffenen Arbeiter bleibt nur noch übrig, entweder zu verhungern oder den Weg der Armenunterstützung zu gehen. Die zur unfreiwilligen Arbeitslosigkeit gezwungenen Arbeiter wollen aber davon nichts wissen. Sie wollen ihr Wahlrecht erhalten und nicht zu Heloten herab-

Was alles aus Steinkohle gemacht wird.

Es ist noch gar nicht lange her, da wurde die Steinkohle als kaum verwertbares Produkt angesehen, namentlich wegen ihres Rauchs verachtet und stellenweise ihre Verwendung von der Obrigkeit verboten. So untersagte im 14. Jahrhundert der Magistrat von London ihre Verwendung, weil sie ein „Luftverderber“ sei. Im Laufe der Zeit wurde dieses Verbot nicht mehr so streng gehandhabt, und Königin Elisabeth (1558—1603) beschränkte sich darauf, das Kohlenbrennen nur während der Parlamentssitzungen zu verbieten, „damit die Gesundheit der Ritter des Reichs bei ihrem Aufenthalt in der Hauptstadt nicht leide“.

Welch ein Umschwung ist seitdem eingetreten! Schwarze Diamanten hat man die sonst so verachtete Steinkohle schon längst genannt; stellen doch unsre Steinkohlenlager größere und wertvollere Reichtümer dar als Diamanten- und Goldfelder. Früher nur als minderwertiges Brennmaterial angesehen, setzt die Steinkohle heute Tausende von Dampfmaschinen in ununterbrochene Bewegung; als Koks unterhält sie Tag und Nacht die Glut riesiger Hochöfen und dient als Schmelzmittel bei der Verhüttung des Eisens und andrer Metalle. Als Leuchtgas läßt sie Millionen von Gaslampen erstrahlen, um uns in der Nacht das Sonnenlicht zu ersetzen. Ganz ungeahnte Schätze wurden aber außerdem noch aus der unscheinbaren Steinkohle hervorgezaubert, als man die Nebenprodukte der Koks- und Leuchtgasfabrikation, vor allem den Steinkohlenteer, den man früher verbrennen ließ, verwerten lernte. Alles, was schön aussieht, gut riecht und wohl bekommt, kann man heute aus Steinkohlenteer herstellen.

Wenn der Uneingeweihte hört, daß man aus Steinkohlenteer, um von den hunderterlei Farbstoffen, Arzneimitteln, Parfümen, Genußmitteln, die man aus ihm gewinnt, nur einige zu nennen, neben dem prächtig roten Farbstoff Fuchsin, dem das Naturprodukt an Farbenglanz weit übertreffenden Indigo, dem herrlich duftenden Vanillen die scharf riechende als Antiseptikum bekannte Karbolsäure, das Fieberheilmittel Antifebrin, ferner das wichtige Heilmittel Salicylsäure, das bei Zuckerkranken angewandte Sacharin, dessen Süßkraft die des Zuckers um das 500fache übertrifft, das Mottenmittel Naphtalin und verschiedene in der Likörfabrikation eine wichtige Rolle spielende Essenzen und Fruchtäther herstellt, so will es ihm zunächst völlig unglaublich scheinen, daß alle diese so verschiedenartigen Dinge mit oft entgegengesetzten Eigenschaften aus demselben Stoff, der Steinkohle, herzustellen sind.

In weiten Kreisen ist nämlich noch die Ansicht verbreitet, die Steinkohle sei identisch mit dem vom Chemiker als Kohlenstoff bezeichneten Element. Diese Ansicht ist aber irrig. Die Steinkohle enthält nämlich nur 75—90 Prozent Kohlenstoff, außerdem aber 3,5—6 Prozent Wasserstoff, 3,5—19 Prozent Sauerstoff, 0,5—1,5 Prozent Stickstoff, einige Teile Schwefel und unverbrennliche Stoffe, die sogenannte Asche. Von diesen Elementen spielt neben dem Kohlenstoff der Wasserstoff die Hauptrolle. Zunächst erscheint es verwunderlich, daß die geringen Gewichtsmengen Wasserstoff einen solchen Einfluß ausüben. Dies Rätsel löst sich aber sofort, wenn man bedenkt, daß ein Atom Kohlenstoff 12mal soviel wiegt wie ein Atom Wasserstoff, daß also in den 6 Prozent Wasserstoff fast ebensoviel Atome enthalten sind wie in den rund 80 Prozent Kohlenstoff. Von der Anzahl der Atome aber hängt die Mannigfaltigkeit der chemischen Verbindungen ab. Dazu kommt, daß, im Gegensatz zu allen andern Elementen, der Kohlenstoff sich mit einer beliebigen Zahl andrer Atome geeigneter Elemente, besonders Wasserstoff, Sauerstoff und Stickstoff, zu den verschiedensten Kombinationen, verbinden kann. Wie der Maler aus wenigen Farben Tausende von verschiedenen farbenprächtigen Bildern herstellt, so schafft die Natur oder der Chemiker gerade mit diesen vier sogenannten organischen Elementen die wundervollsten und mannigfaltigsten Gebilde, die das Reich der organischen oder Kohlenstoffchemie ausmachen. Auch die Steinkohle enthält diese Elemente nicht in ihrer reinen Form, sondern als die kompliziertesten Verbindungen, vor allem in der Form der Kohlenwasserstoffe. Die Natur hat hier so innig gemischt, daß es bisher noch keinem Chemiker gelungen ist, die wahren Bestandteile der Kohle auch nur zum Teil zu identifizieren und festzustellen.

Wird die Kohle unter Luftabschluß in Retorten erhitzt, so zerfallen die komplizierten Verbindungen in einfache. Der Wasserstoff verbindet sich mit einem Teil des Sauerstoffs zu Wasser, der Rest vereinigt sich mit dem Stickstoff und einem Teil des Kohlenstoffes zu den mannigfachsten Gasen und Dämpfen. Beim Abkühlen werden die Dämpfe flüssig und kondensieren in Gestalt eines schwarzen, zähen, unansehnlichen Gemisches, des Teers. Der Rückstand besteht aus fast reinem Kohlenstoff, dem Koks. Eine besondere Form des Koks setzt sich an den glühenden Retortenwänden ab, der als Retortengraphit zu den mannigfaltigsten Zwecken, so zu den Kohlenstiften für elektrisches Bogenlicht und für elektrochemische Zwecke, zu Kohlentiegeln, zur Herstellung galvanischer Elemente u. dgl. Verwendung findet.

Die nach der Abkühlung unverdichtet übrig bleibenden Gase bilden das sogenannte Leuchtgas. Letzteres besteht seinerseits wieder aus den verschiedensten Bestandteilen. Im ungereinigten Zustande enthält es durchschnittlich in 100 Raumteilen ungefähr 46 Teile Wasserstoff, 32 Methan, 8 Kohlenoxyd, 5 Acethylen, Benzol und Naphtalin, 4 Kohlendioxyd, 1 Schwefelwasserstoff, 1 Ammoniak, 0,2 Zyanverbindungen und einige andre. Von diesen müssen bei der Verbrennung das giftige Stickoxyde liefernde Ammoniak, die ebenfalls giftigen Zyanverbindungen und der das zum Husten reizende Schwefeldioxyd ergebende Schwefelwasserstoff aus dem Leuchtgas auf physikalischem oder chemischem Wege entfernt werden. So schädlich diese Stoffe für das Leuchtgas sind, so liefern sie doch bei zweckentsprechender Verwendung wertvolle Nebenprodukte. Das Ammoniak benutzt man unter anderm zur Kälteerzeugung, zur Herstellung von Soda sowie als Stickstoffdünger in der Landwirtschaft. Der Schwefel wird auf Schwefelsäure verarbeitet. Aus den wertvollen Zyanverbindungen werden Berlinerblau, Blutlaugensalz und Zyankalium hergestellt. Das Zyankalium spielt in der Goldindustrie eine große Rolle und wird besonders in Südafrika in großen Mengen verwandt, um das Gold aus dem feinen Mineralschlamm auszulaugen.

Das wichtigste Nebenprodukt, der Teer, besteht wieder aus einer Unzahl chemischer Verbindungen, von denen man viele überhaupt noch nicht isoliert hat. Durch Destillation scheidet man aus dem rohen Steinkohlenteer die wertvollsten Verbindungen ab. Das zurückbleibende Steinkohlenpech dient als Bindemittel bei der Herstellung von Kohlenbriketts, zur Bereitung von Firnissen und Lacken, und, mit Schweröl verdünnt, zur Fabrikation von Asphalt, Dachpappe, Schusterpech usw. Die flüchtigen Bestandteile des Steinkohlenteers zerlegt man wieder in vier Teile, die bei verschiedenen Temperaturen sieden. Es gehen über bis 150 Grad Celsius Leichtöl, von 150—210 Grad Mittelöl, 210—270 Grad Schweröl, 270—400 Grad Anthrazenöl. Diese vier Destillationsprodukte enthalten wieder sehr verschiedene Stoffe, die in besonderen Fabriken getrennt werden. Es seien genannt von Leichtölen Benzol, Benzin und Toluol, von Mittelölen die antiseptischen Mittel Karbolsäure, Kreolin, Naphthalin und Lysol. Das Schweröl dient hauptsächlich zum Imprägnieren von Holz, das Anthrazenöl zur Herstellung des Anthracens. Die Hauptmenge der so gewonnenen Produkte wandert in die Farbenfabriken. Es gibt keine Farbennüance, die man nicht aus Steinkohlenteer herstellen könnte. Die Steinkohlenteerfarben haben fast alle natürlichen Farben verdrängt, vor allem hat man die beiden wichtigsten Naturfarben Alizarin und Indigo künstlich herstellen können und damit zwei früher wichtige Zweige der Landwirtschaft, den Anbau der Krappflanze und des Indigostrauchs, zum Erliegen gebracht.

gedrückt werden. Sie wollen nicht ihre Rechte opfern, da sie an ihrem Elend schuldlos sind.

Aus dieser Sachlage heraus war es für einen großen Teil der Arbeiter klar, daß sie von der heutigen Gesellschaft nichts zu erwarten haben, als einige Brosamen in Form von Armenunterstützung und Bettelsuppen. Sie mußten den Weg der Selbsthilfe beschreiten. Für die Arbeiterschaft ist in der heutigen Gesellschaft die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung das einzige wirksame Mittel, die bösen Folgen der Arbeitslosigkeit zum Teil zu mildern. Die Arbeitslosenunterstützung stellt natürlich mehr oder weniger hohe Anforderungen an die Mitglieder, die ohne Opferfreudigkeit, Solidaritätsgefühl für die arbeitslosen Brüder und Schwestern diesen Anforderungen nicht nachkommen könnten. Die gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung stärkt und festigt das Solidaritätsgefühl der Mitglieder und zeigt deutlich, wie mit relativ geringen Mitteln große kulturelle Leistungen vollbracht werden.

Es ist deshalb eine falsche Ansicht, dem weiteren Ausbau und der weiteren Ausbreitung der Arbeitslosenversicherung Schwierigkeiten zu bereiten. Trotz fortschreitender Arbeitszeitverkürzung wird die Zahl der Arbeitslosen immer größer.

Die Verpflichtung der Gesellschaft, den durch ihre Schuld arbeitslos gewordenen Arbeiter zu unterstützen, steht fest. Durch Veranstaltung von Notstandsarbeiten, Armenunterstützung, Arbeitslosenunterstützung in Form von Darlehen hat die Gesellschaft ihre Verpflichtung den Arbeitslosen gegenüber ausdrücklich anerkannt. Heute gehen schon die Gemeinden dazu über, die Gewerkschaften zur Durchführung der gemeindlichen Arbeitslosenunterstützung heranzuziehen. Das sogenannte Genter System hat sich auch bis jetzt als mögliche Lösung der gemeindlichen Arbeitslosenfürsorge bewährt. Selbstverständlich würden alle beteiligten Kreise es begrüßen, wenn auf gesetzlichem Wege eine Reichsarbeitslosenversicherung eingeführt würde, wozu auch die Unternehmer durch Beitragsleistung verpflichtet wären. Leider liegt dieser Wunsch noch in weiter Ferne. Unsre Kapitalisten stöhnen schon heute über die unerschwinglichen sozialen Lasten, zu denen sie tatsächlich keinen Pfennig beitragen. Es liegt immer wieder an der Arbeiterklasse selbst, die Frage der Arbeitslosenunterstützung in die Hand zu nehmen. Sie ist verpflichtet dazu, durch eigne Kraft ihre arbeitslosen Brüder zu unterstützen. Jede Klasse muß um Besserung ihrer Lage kämpfen. Wenn verlangt wird, alle Verpflichtungen in der Gewerkschaft zu erfüllen, so muß man auch soviel Solidaritätsgefühl besitzen, den arbeitslosen Kollegen zu unterstützen und ihn nicht in Not und Elend umkommen zu lassen. Schon manchen Kollegen hat die Not mürbe gemacht. Ein in der jüngsten Thronrede im preußischen Landtag angekündigtes Arbeitszwanggesetz hat sich als Polizeigesetz schlimmster Art entpuppt. Angeblich bezweckt das Gesetz, Unterhaltungspflichtige, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, ins Arbeitshaus zu sperren und sie dadurch zur Arbeit zu zwingen. Daß damit der Polizei ein großer Spielraum für gehässige Schikanen geboten ist, liegt klar auf der Hand, indem das Gesetz keine gerichtliche Entscheidung verlangt, sondern schon eine polizeiliche Verfügung genügt. Das Recht auf Arbeit gibt es in der heutigen Gesellschaft nicht. Die berufsmäßigen Faulenzer, die den Ertrag der Arbeit andrer verjubeln, jene Elemente der Gesellschaft, die verächtlich auf den Arbeiter herniederschauen, trifft das Gesetz nicht. Aber die Arbeiterklasse, die alle Werte schafft, will man unter die Polizeituchtel stellen, um der satten Bourgeoisie Armenkosten zu erhalten. Aber noch eine große Schattenseite hat dieser Entwurf. Wie ich schon erwähnt habe, zahlten die Gewerkschaften von 1908—1909 35 Millionen Mark Arbeitslosenunterstützung. Die allermeisten Empfänger waren unfreiwillig arbeitslos geworden. Zu jeder Zeit wird es in der heutigen Gesellschaft Arbeitslose geben. Daß ein Teil der Ausgestoßenen (Arbeitslosen) nach wiederholtem Unglück die Widerstandskraft verliert, ist leicht erklärlich. Aber nur nicht diese allein, sondern alle von der kapitalistischen Anarchie Verfolgten werden der Polizeischikane ausgeliefert.

Die gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung hat sich in mehr als einer Hinsicht als im Interesse des arbeitenden Volkes gelegen erwiesen. Die gewerkschaftlichen Errungenschaften werden durch sie in den schweren Zeiten der Krisen gesichert. Die arbeitslosen Mitglieder werden vor der völligen Verarmung und dem Arbeitshaus bewahrt. Sie bleiben ihren Berufen und damit ihrer Gewerkschaftsorganisation erhalten. Der Fluktuation wird dadurch vorgebeugt. Die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung rüttelt das soziale Gewissen der Gesellschaft auf und weist ihr den Weg zu einer Arbeitslosenversicherung zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung. Auch unsre Kollegen sollten dieser Frage nähertreten. Eine Erhöhung des Beitrags darf nie ein Grund zur Ablehnung sein. Die Befürchtung, daß durch die Erhöhung der Beiträge eine Mitgliederflucht eintrete, trifft nicht zu. Erst durch die hohen Beiträge wurden Gewerkschaft und Partei zu ihrer jetzigen Höhe geführt.

In der heutigen Gesellschaft ist eine gerechte Einführung der Arbeitslosenversicherung unmöglich. Der Kapitalismus braucht die Reservearmee, das Heer der Arbeitslosen, um seine Lohnsklaven im Schach zu halten. Immer werden diese ein Bleigewicht an der gewerkschaftlichen Entwicklung bleiben und eine Gefahr für sie bedeuten, wenn es der Arbeitende nicht für nötig hält, seinen arbeitslosen Bruder durch Einführung von Arbeitslosenunterstützung vor der größten Not zu schützen.

Berlin. L. Jahrmarkt.

Korrespondenzen.

Brück (Rheinland). Am 28. Januar tagte in Brück im Lokale Saatler unsre Jahresversammlung. Kollege Kämper erstattete den Kassenbericht. Das Resultat war 741.71 Mark Kassenbestand und 121 Mitglieder am Schlusse des vorigen Jahres. Die Revisoren erklärten, die Kasse geprüft und richtigbefunden zu haben. Dem Kollegen Kämper, welcher schon fünf Jahre seine Pflicht als Kassierer musterhaft getan hat, wurde Decharge erteilt. Aus dem Jahresbericht, welchen der Vorsitzende, Kollege Kirchner, gab, und der sich daran anschließenden Diskussion ist folgendes zu berichten: Das verflossene Jahr ist ziemlich ruhig verlaufen. Bezüglich der Agitation ist vieles zu bessern. Der Versammlungsbesuch ist durchschnittlich ein flauer gewesen. Ein starker Versammlungsbesuch macht den Unternehmern gegenüber einen demonstrativen Eindruck. Das macht sie stutzig und die Arbeiter können viel eher was erreichen. Ist der Besuch aber ein flauer, dann versuchen die Herren das äußerste. Darum, Kollegen, sorgt später für guten Besuch. Wir haben hier im oberbergischen Gauwackengebiet noch ein großes Arbeitsfeld. An der Wiehl haben wir im verflossenen Jahre uns viel Mühe gemacht, aber immer scheiterten unsre Bestrebungen. Mögen doch die Kollegen bald einsehen lernen, wie notwendig die Organisation ist. Wenn man sieht, wie die Linzer Basalt-Aktiengesellschaft immer mehr Einfluß in unsrer Gegend gewinnt, so sollte man meinen, der Verband müsse wachsen. Kollegen, ihr müßt unaufhörlich arbeiten, um das zurückzuerobern, was ihr schon besessen habt. Wenn es auch kolossale Arbeit kostet, ihr dürft nicht zurückschrecken; denn auf den ersten Hieb fällt kein Baum. Die alten Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt. Nach Regelung verschiedener Arbeitsverhältnisse wurde die Versammlung geschlossen.

Falkenhain. Am Sonntag, den 28. Januar, hielt die Zahlstelle ihre Generalversammlung im Gasthofe zu Hayda ab. Zum 1. Punkt wurde die Abrechnung verlesen und für richtig erklärt; dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Zum 2. Punkt wurden gewählt: Richard Heimann als Vorsitzender, Wilhelm Hornauer als Kassierer, beide in Falkenhain; als Revisoren Hermann Oehmigen aus Falkenhain und Franz Krebs aus Meltewitz; als Schriftführer Richard Bienst aus Börlen. Der Kollege M. Kahle legte sein Amt als Kassierer aus besonderen Familienumständen nieder, und sprechen ihm hiermit die Kollegen für seine bisherige Tätigkeit und die gewissenhafte Führung der Kassengeschäfte ihren herzlichsten Dank aus. In der Zahlstelle machen wir sehr nette Fortschritte. Der Drang zum Verband ist ein großer; die Kollegen streben dem Abschluß eines Tarifs zu, damit endlich das wilde Akkordwesen beseitigt wird. Die Firmen weigern sich, uns entgegenzukommen, aber auch sie werden einsehen, daß unser Verlangen berechtigt ist.

Frankfurt a. M. Am Mittwoch, den 31. Januar, hielt die hiesige Zahlstelle im Gewerkschaftshaus ihre diesjährige Generalversammlung ab. In Anbetracht der Umstände, daß wir im Frühjahr auf der ganzen Linie in einer Lohnbewegung stehen, hätte der Besuch ein weit besserer sein müssen. Einmal im Jahr müßte den Lauen und Gleichgültigen doch zum Bewußtsein kommen, daß sie als Mitglieder einer Organisation auch die verdammte Pflicht hätten, sich um die Vorgänge innerhalb derselben zu kümmern. — In seinem Jahresbericht hob der Vorsitzende noch einmal die wichtigsten Phasen des vergangenen Jahres hervor, so den Tarifabschluß mit der Firma Holzmann u. Co. Die Zahlstelle hat sich auch im letzten Jahre gut entwickelt, der Beschäftigungsgrad war im allgemeinen ein besserer als 1910. Der Quartalskassenbericht weist eine Einnahme von 4153.32 Mk. und eine Ausgabe von 1643.61 Mk. auf, der Kassenbestand beträgt somit am Schluß des Jahres 2509.71 Mk. An Materialien wurde von der Zentrale pro 1911 bezogen für 6540.50 Mk.; an Unterstützungen verausgabt: für Reiseunterstützung 162 Mk., für Krankenunterstützung 718.50 Mk., für lokale und sonstige Unterstützungen 213 Mk. Der Mitgliederstand beträgt am Schluß des Jahres 210. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt. Bei der nun folgenden Vorstandswahl erklärte sich der Vorstand bereit, in seiner alten Zusammensetzung die Geschäfte noch ein Jahr weiterzuführen, was auch von der Versammlung bereitwilligst akzeptiert wurde. Zu Revisoren wurden die Kollegen Schäfer, Pilger und Brahm bestimmt; als Kartelldelegierter Kollege Groß. Der Vorsitzende gab weiter bekannt, daß er den in der Marmorbranche bestehenden Tarif ab 1. April 1912 gekündigt habe, und nach reger Debatte faßte die Versammlung endgültige Beschlüsse über die aufzustellenden Forderungen, sowohl in der Sandstein als auch in der Marmorbranche.

Frickenhausen (am Main). Am 3. Februar fand unsre Monatsversammlung im Gasthaus zum Bären statt. Der Kartellbericht wurde gegeben vom Kollegen Frank. Auch stellte Frank den Antrag im Kartell, in unsrer Zahlstelle eine Frauenversammlung abzuhalten. Der Antrag wurde genehmigt und in unsrer Versammlung für gut befunden. Im 2. Punkt: Tarifangelegenheiten, wurde über mehrere Werkplätze kritisiert. Im Punkt Verschiedenes wurde hauptsächlich die Bundesratsverordnung besprochen. Die Frühstücksbude im Steinbruch der Firma Leupold läßt viel zu wünschen übrig, da einige Arbeiter dieselbe während der Vesperzeit gar nicht benützen können. Im übrigen sei bemerkt, daß sich unsre Zahlstelle sehr schön entwickelt hat. Die Herren Unternehmer können tun, was sie wollen, unsern Verband können sie nicht mehr vernichten. Hoffentlich bleibt auch in diesem Jahre die Kollegialität so weiter bestehen, als wie in der Vergangenheit.

Häslicht (Schlesien). Am 1. Februar fand in Dätzdorf im Lokal des Herrn Trautmann unsre Generalversammlung statt. Der Kassierer gab die Abrechnung vom 4. Quartal bekannt. Die Gesamteinnahme betrug 6160.32 Mk., die Gesamtausgabe 3039.60 Mk., bleibt Bestand 3120.62 Mk. Die Abrechnung der Krankenzuschußkasse zeigte eine Einnahme von 2308.24 Mk. und eine Ausgabe von 517.75 Mk. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Karl Schiller, 1. Vorsitzender; H. Scholz, Kassierer; W. Günzel, Schriftführer. Kollege Mosig-Striegau hielt einen Vortrag über Rückblick und Ausblick in der Arbeiterbewegung. Im Anfang kam er aufs Politische zu sprechen. Mit den Reichstagswahlen können wir zufrieden sein, da auch der Striegauer Kreis von den Sozialdemokraten gegen den schwarz-blauen Block erobert wurde. Im weiteren schilderte er auch die Erfolge der Gewerkschaften und betonte die Neubelebung des Arbeitsmarktes. Bedauerlich sei der Niedergang der Sandsteinindustrie. Dagegen sei die Granitindustrie mit Aufträgen sehr gut versehen, was auch im Häslichter Bezirk zu sehen ist. Er streifte noch kurz die Zustände im Thaslerschen Betrieb. Zum Schluß kam er noch auf die Tarifvorlage zu sprechen und wünschte, daß im ganzen Bezirk noch dieses Jahr die Sache günstig erledigt würde. (Lebhafter Beifall.) Im Verschiedenen wurde noch die Begräbnisfrage geregelt.

Kamenz. Die am 28. Januar stattgefundene Generalversammlung war gut besucht. Der Vorsitzende gedenkt unsres so schnell von uns gerissenen Kollegen Ernst Wolf, welcher an Schädelbruch starb. Kollege Karl Liese gibt ausführlichen Bericht über das verflossene Jahr und hebt hervor, daß dieses ein erfreuliches sei. Die Mitgliederzahl stieg von 69 auf 220. Die Tarifbewegung in der Oberlausitz hat uns einen kräftigen Ruck vorwärts gebracht. Unser Stolz muß es sein, im Frühjahr unter den Schotterwerksarbeitern agitatorisch einzugreifen. Ein dementsprechendes Flugblatt und der polnische Kalender haben einen sehr guten Eindruck hinterlassen. Der Kassierer Nitsche gibt die Jahresrechnung bekannt. Die Gesamteinnahme beträgt 2783.05 Mk., die Gesamtausgabe 2608.70 Mk., Kassenbestand 174.37 Mk. Die Revisoren bekunden, daß Bücher und Kasse in bester Ordnung seien. Als Vorsitzender wurde Paul Mengel, als Kassierer Ernst Nitsche und als Schriftführer Karl Liese wiedergewählt. Als Revisoren wurden gewählt Robert Kittelmann und Hoffmann. Hierauf wurde eine rege Debatte angeschnitten über die Weilandschen Betriebsverhältnisse. Drei unsrer besten und ruhigsten Kollegen wurde die Arbeit gekündigt, vermutlich weil sie dem Steinarbeiterverband Dienste leisteten. Dieser kecke Betriebsleiter hat sich wirklich schon hoch emporgearbeitet und was „Großes" geleistet. Eine nette Nächstenliebe zeigt er damit, wenn er seine Arbeiter mitten im härtesten Winter aufs Pflaster wirft. Wir erinnern ihn an seinen Großvater. Selbiger war ein fleißiger Arbeiter und Menschenfreund. Er wußte besser, wie einem Arbeiter zumute ist, bei wenig Brot und schwerer Arbeit.

Niederlamitz. Am 28. Januar fand unsre Generalversammlung statt. Dieselbe war von sage und schreibe 38 Mitgliedern besucht. Die Zahlstelle zählt zurzeit 167 Mitglieder. Der Tätigkeit der Verwaltung wurde unbeschränktes Lob gezollt, was sich auch dadurch zeigte, daß im allgemeinen die alte Verwaltung wiedergewählt wurde. Was aber den Versammlungsbesuch anbelangt, so muß festgestellt werden, daß derselbe als ein miserabler zu bezeichnen ist. Meint ihr nicht, daß es sehr schön wäre, wenn ihr, sobald die Einladung zur Versammlung zirkuliert, auch sagen würdet: „Wir wollen alle in die Versammlung gehen." Ich glaube doch, daß ihr der Verwaltung diese Ehre erweisen könntet. Ihr würdet damit weiter nichts als eure Pflicht erfüllen. Ihr wißt doch sonst in andern Fällen auch recht gut Bescheid, warum wollt ihr denn nicht wissen, daß zu einem guten Gewerkschaftler auch ein guter Versammlungsbesuch gehört. Genau dasselbe ist es mit der Beitragsleistung. Es ist hier auf verschiednen Plätzen eine Schlamperei eingerissen, welche ihresgleichen sucht. Mag es dem einen oder dem andern recht sein oder nicht, daß man mit etwas Derartigem im Verbandsorgan kommen muß, aber um diesem Uebel abzuhelfen, ist es notwendig. Bezeichnend ist es, daß Kollegen dabei sind, welche im Durchschnitt über 30 Mk. wöchentlich verdienen. Wenn ein solcher seine Beiträge nicht bezahlen kann, dann möchte ich nur wissen, wie es der machen soll, der jetzt im Winter bloß 8—10 Mk. wöchentlich verdient. Besonders schlimm ist es in dieser Beziehung im Steinbruch Neidesberg; hier sind kaum 10 Mann organisiert und sind über 100 Rückstände zu verzeichnen. Da ist der Steinbruch Wolfsgarten (Gebr. Frank) geradezu als ein Muster von Gewissenhaftigkeit hinzustellen. Jedermann vom ersten bis zum letzten ist organisiert, und keiner ist auch nur mit einer einzigen Marke im Rückstand. Kollegen! So sollte und könnte es bei euch allen sein, wenn ihr euch etwas mehr um eure gewerkschaftlichen Verhältnisse kümmern würdet. Aber wenn es da einem einmal nicht nach seinem Kopf geht, dann meint er gleich, er muß es dadurch kund tun, daß er keine Beiträge mehr bezahlt, und so entstehen diese miserablen Rückstände, welche die Disziplin in den Reihen der Kollegen untergraben und ein äußerst schlechtes Licht auf die Zahlstelle selbst werfen. Ferner möchte ich auch noch auf die Ausfüllung der Statistiken hinweisen. Ihr müßt dieselben (wenn es nicht durch eine dazu aufgestellte Person geschieht) genau und gewissenhaft ausfüllen. Das, was ich euch hier sagen muß, ist das A-B-C eines jeden organisierten Arbeiters; aber es scheint, als wollt ihr nicht einmal dieses lernen. A. Wunderlich.

Rammelsbach (Pfalz). In der am 25. Januar tagenden Generalversammlung, welche erfreulicherweise sehr gut besucht war, gab der Kassierer, Kollege D. Allmann, die Einnahmen und Ausgaben im 4. Quartal v. J. bekannt. Mit sichtlicher Freude wurde es von den anwesenden Kollegen aufgenommen, als ihnen berichtet werden konnte, daß auch im 4. Quartal wieder eine Anzahl Kollegen dem Verbande beigetreten sind. Nach Erledigung dieses 1. Punktes schritten die Kollegen zur Neuwahl des Gesamtvorstandes, und ergab dieselbe die vollständige Wiederwahl des gewesenen alten Vorstandes. Damit hat aber auch die Kollegenschaft gezeigt, daß sie mit der Tätigkeit der Mitglieder der gewesenen Verwaltung vollauf zufrieden war, und werden diese Kollegen auch in diesem Jahre zeigen, daß es ihnen ernst am Herzen liegen wird, das erbaute Fundament der Zahlstelle mehr und mehr zu befestigen. Nach erfolgter Wahl erklärten denn auch die gewählten Kollegen, ihre ganze Pflicht für das weitere Erstarken und Gedeihen der Zahlstelle einsetzen zu wollen; aber auch an die Kollegenschaft richtete der Vorsitzende, Kollege Fauß, die ernste Mahnung, nicht wankelmütig zu werden, sondern ebenfalls ihr ganzes Können für den Fortschritt der Zahlstelle mit einzusetzen.

Rimbach. Am 28. Januar fand im Lokal des Kollegen Seidel unsre Generalversammlung statt, welche leider schlecht besucht war. Man müßte schon glauben, die Kollegen hätten es nicht mehr nötig, die Versammlung zu besuchen. Kollegen, fahrt nur so weiter und ihr werdet es schon noch sehen, wie es kommt. Zum ersten Punkt gab der Kassierer Seidel die Quartalsabrechnung bekannt. Die Einnahmen betrugen 246.57 Mk., die Ausgaben 127.49 Mk., so daß ein Kassenbestand von 119.08 Mk. verbleibt. Bücher und Kasse wurden von den Revisoren für richtig befunden und durch Antrag des Vorsitzenden dem Kassierer Entlastung erteilt. Zu Punkt 2 wurde die auf den Werkplätzen vorgenommene Abstimmung wegen des Anschlusses an das Arbeitersekretariat Darmstadt vollzogen. Wegen der Kosten stellte Seidel den Antrag, daß jedes Mitglied 5 Pfg. pro Monat zu zahlen hat, welches von der Versammlung einstimmig angenommen wurde. Die Neuwahl der Verwaltung ergab folgendes: Erster Vorsitzender Franz Tremel, Albersbach, zweiter Vorsitzender Johann Burzel, Kassierer Johann Seidel, Schriftführer Holzhammer.

Schmalkalden-Brotterode. Am 4. Februar fand in Brotterode im Hotel Thüringer Wald unsre Generalversammlung statt, welche gut besucht war. Der Kassierer Paul Schade gab die Abrechnung vom 4. Quartal bekannt. Die Revisoren bekundeten, daß sich Bücher und Kasse in bester Ordnung befanden, weshalb dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt wurde. Bei der Wahl der Vorstandschaft wurden die alten Mitglieder wiedergewählt. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht. Im Punkt Verschiedenes wurde das Verhalten des Kollegen Wilh. Garbe scharf kritisiert; derselbe hat in Gossel bei Plaue in Thüringen gearbeitet und ist mit Hinterlassung von Schulden abgereist. Den Kollegen von Gossel zur Nachricht, daß der Garbe jetzt in Koburg an den Festungswerken arbeitet. Die Koburger möchten diesem Auchkollegen sehr scharf auf die Finger sehen. Solche Leute verderben uns das ganze Renommee. Die Kollegen, die am Orte bleiben, müssen dann ein so unwürdiges Verhalten büßen.

Ulm a. D. Am 28. Januar tagte unsre diesjährige Generalversammlung. Der Vorsitzende Friedrich gab einen ausführlichen Tätigkeitsbericht, woraus zu entnehmen war, daß im verflossenen Jahre 11 Versammlungen, 12 Ausschußsitzungen und verschiedene Platzversammlungen stattgefunden haben. An Neuaufnahmen haben wir 38 zu verzeichnen. Der Kassierer Ulmer gab den Quartals- und Jahreskassenbericht. Die Gesamteinnahmen betrugen 1729.87 Mk., die Gesamtausgaben 1234.93 Mark. Er verbleibt ein Kassenbestand von 494.94. Mark. Die Revisoren berichteten, daß sie Kasse sam Belege und Bücher in bester Ordnung befunden haben. Zur Gaukonferenz, welche am 25. Februar in Karlsruhe stattfindet, wurde ebenfalls beschlossen, einen Delegierten zu entsenden. Auch wurden von der Verwaltung verschiedene Anträge gestellt in puncto Agitation, welche größtenteils angenommen wurden.

Literarisches.

„Kosmos", Handweiser für Naturfreunde. 9. Jahrgang, Heft 1. Herausgegeben vom Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde (Geschäftsstelle: Franckche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart). Jährlich 12 Hefte mit 5 Buchbeigaben 4.80 Mk. Der „Kosmos" eröffnet seinen 9. Jahrgang mit einem sehr reichhaltigen Heft, das den verschiedensten Interessen der Naturfreunde entgegenkommt. Das Beiblatt Technik und Naturwissenschaft bringt u. a. einen Aufsatz von A. Fürst: Der Sieg der Turbine. Der „Kosmos", der bereits eine so große Anhängerschar besitzt, stellt neben dem reichhaltigen Material der Zeitschrift für das laufende Jahr fünf interessante Buchbeigaben seinen Mitgliedern kostenlos zur Verfügung.

Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Ab 1. Januar 1912 gelten die neuen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung über die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, während für das Inkrafttreten der Kranken- und Unfallversicherung ein späterer Zeitpunkt festgesetzt wurde. Magistratsoffiziant C. Galm in Aschaffenburg (Elisenstraße 3) hat ein Werkchen über die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung verfaßt, welches nicht allein die Vorteile der Versicherung auf Grund der Reichsversicherungsordnung in gemeinverständlicher Weise darstellt, sondern auch tabellarische Uebersichten der Höhe der Invaliden-, Alters-, Witwen-, Witwer- und Waisenrenten enthält. Die Aufklärungsschrift erscheint im Selbstverlag des Verfassers und ist allen Versicherten sowie auch ehemaligen Versicherten dringend anzuempfehlen. Der vortreffliche und zuverlässige Führer für die Versicherung kostet 20 Pfg. Da sich der Preis bei Abnahme von 100 Stück auf 15 Mk. und von 500 Stück auf 50 Mk. ermäßigt, ist den Vereinen und sonstigen Korporationen ein Gesamtbezug anzuraten.

Eine internationale Kommission zur Untersuchung der Steigerung der Lebenskosten dürfte auf Vorschlag von zwei Nationalökonomen, Prof. Stephan Bauer von der Universität Basel und Irving Fisher von der Yale Universität in New Haven, in absehbarer Zeit eingesetzt werden.

Um das Interesse weiterer Kreise zu erwecken, haben Bauer und Fisher eine kurze Denkschrift, der ausführliche Begründungen vorausgehen, zum erstenmal in den Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung (herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Verlag von Julius Springer in Berlin), und zwar in dem soeben erschienenen Heft 4/5 von Band I, unter dem Titel Preissteigerung und Reallohnpolitik veröffentlicht.

Die Verfasser haben sich begreiflicherweise enthalten, der einzuberufenden Kommission Vorschläge zu erstatten, sondern lediglich sich bemüht, die Teuerungsfrage auf die internationale Tagesordnung zu stellen und das Interesse aller Kreise für eine parteilose Behandlung wachzurufen. In der Tat ist ja diese Frage ebenso Arbeiter-, wie Agrar-, wie Finanz-, wie Bevölkerungsfrage.

Maurer- und Steinhauerarbeiten. Von Dr. phil. und Dr. Ing. Ed. Schmitt in Darmstadt. III. Putz- und Stuckarbeiten; Wandbekleidungen und Steingesimse. Mit 73 Abbildungen. (Sammlung Göschen Nr. 421.) G. J. Göschensche Verlagshandlung in Leipzig. Preis in Leinwand gebunden 80 Pfg.

Vorliegende Schrift bildet den Abschluß derjenigen Gruppe von Bändchen der Sammlung Göschen, welche die „Maurer- und Steinhauerarbeiten" zu behandeln hat.

Bei aller Knappheit der Behandlung, die durch den verhältnismäßig geringen Umfang der einzelnen Bändchen bedingt ist, dürfte sowohl der Laie, als auch der Fachmann kaum eine fühlbare Lücke finden.